

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.— M., bei direktem Postbestell 4.25 M., bei Zustellung unter Straßend für Deutschland 4.50 M., für Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Verlagsbüro: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III, Fernsprecher: Amt Norden 2893 und 2894.

Leserinnen sollen die abgeheftete Kopierkarte oder deren Raum 1,20 M., Wortanzeigen das entsprechende Wort 50 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Anzeigenpreis 20 Pf. Bei Familien- u. Vereinsabonnements fällt der Zuschlag fort. Inverste für den Samstag folgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Verlags-Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9768

# FREIHEIT

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Das Signal zum Aufbruch.

## Der Putz des Herrn Helfferich.

Von Rud. Breitscheid.

Es ist gekommen, wie es kommen mußte. Vom ersten Augenblick an war es klar, daß Helfferich es darauf anlegte, den Untersuchungsausschuß zu provozieren. Er arbeitete mit voller Absicht darauf hin, eine Krastprobe herbeizuführen, bei der, wie er hoffte, nicht nur diese Kommission, sondern das ganze Untersuchungsverfahren und mehr als das zu Bruch gehen sollte. Seine Methode war, unter technischen Gesichtspunkten betrachtet, hervorragend. In dramatischer Steigerung gelangte er von einem geflüstert und herausfordernd zur Schau getragenen Selbstbewußtsein über freche Arroganz zum Gipfel der Unverschämtheit. Er begann mit dem Versuch, sich und seine Politik reinzuwaschen, er fuhr fort mit Ausfällen gegen das Parlament und seine Mehrheit, er schloß mit einem Vorstoß gegen ein Mitglied des Ausschusses, der natürlich gleichzeitig gegen die Nationalversammlung gerichtet war, aus deren Mitte diese Körperschaft gewählt worden ist.

Das Siegesbewußtsein war ihm von der Stirn zu lesen. Es gründete sich auf die Umstände, deren hier bereits mehrfach Erwähnung getan worden ist: der Kommission fehlt die feste rechtliche Basis, sie ist innerlich uneinig und hinter ihr steht heute nicht mehr der ernste Wille eines revolutionären Volkes, die Schuldigen zu finden. Das Verfahren hat um ein Jahr zu spät eingesetzt.

Einstweilen ist der Plan des Herrn Helfferich noch gehehert. Obwohl es im Ausmaß zu einer Kritik kam, in deren Verlauf der deutsch-nationale Abgeordnete Warmuth sein Amt als Vorsitzender niederlegt hat, werden die Verhandlungen am Montag weitergeführt werden. Aber die Affäre selbst ist nicht erledigt. Helfferich weigert sich nach wie vor, Fragen des Abgeordneten Oscar Cohn zu beantworten, und wenn Helfferich dem Zeugnis abtritt, wird er durch Hindenburg und Ludendorff abgeköpft. Zweifellos hat er sich selbst nur als den Vorläufer dieser beiden betrachtet. Er hofft, daß sie sein Werk fortsetzen werden. Wie weit sie dazu bereit sind, ist abzuwarten. Aber die Wahrscheinlichkeit besteht, daß die Generale an Energie nicht hinter einem ehemaligen Bankdirektor zurückbleiben wollen, und der patriotische Mob auf der Gasse tut alles, um ihnen den Rücken zu steifen. Wir müssen uns auf einen schweren Konflikt gefaßt machen, der nicht auf den Verhandlungssaal beschränkt bleibt.

Das Bild der gestrigen Vorgänge sei mit kurzen Strichen skizziert. Zur Erörterung standen Fälle von Verurteilungen deutscher Staatsangehöriger in Amerika. Helfferich hatte aus dem Fehlen entsprechender Bestrafung englischer Staatsangehöriger den Schluß auf die Unmoralität des Präsidenten Wilson und der Regierung der Vereinigten Staaten gezogen. Genosse Cohn wollte durch einige Fragen feststellen, daß die Regierung keinen Einfluß auf die Gerichte geübt habe und also nicht verantwortlich zu machen sei. Die erste Frage beantwortet der Zeuge, nachdem der offenbar nicht ganz uneingeweihte Vorsitzende sie wiederholt hat. Auf die zweite, die dem Zeugen besonders unangenehm ist, erklärt er, daß er grundsätzlich Cohn keinen Beistand gebe. Herr Warmuth versucht es mit einer Rechtsbelehrung. Herr Helfferich beharrt bei seiner Ablehnung. Er ist bereit — obwohl es ihm so peinlich sei —, seine Gründe anzugeben. Der Ausschluß zieht sich zur Beratung zurück.

Nach anderthalb Stunden verländert der Vorsitzende den Beschluß, wonach der Zeuge zur Beantwortung aller Fragen verpflichtet sei. Der Zeuge weigert sich hartnäckig, diese Pflicht zu erfüllen. Der Vorsitzende teilt mit, daß ihn der Ausschluß auf Grund der Strafprozedur in eine Geldstrafe von 300 Mark genommen habe. Mit spöttlichem Lächeln zieht Helfferich ostentativ seine Brieftasche hervor. Was sind einem reichen Mann 300 Mark?

Gleichzeitig erklärt Herr Warmuth seinen Rücktritt vom Vorsitz, da er in diesen von ihm für äußerst wichtig gehaltenen Fragen mit der Mehrheit der Kommission nicht übereinstimme. Er tut den Schritt, den seine deutsch-nationalen Freunde schon seit Tagen von ihm forderten.

Das Probu im Zusammenraum und in den Reihen der nationalistischen Journalisten wird von dem neuen Leiter

dem Abgeordneten Gothein, entschieden gerügt, und Herr Gothein schlägt nun auch gegenüber Helfferich endlich den Ton an, der seinem Auftreten gebührt. Er verbittet sich sein Hineintreten, er weist ihn in die Schranken seiner Zeugnisaussagen zurück, er bedeutet ihm, daß er seinerseits keine Feststellungen zu machen habe, sondern warten müsse, bis er befragt werde.

Dann gibt Helfferich die Gründe für seine Weigerung, Fragen von Oscar Cohn zu beantworten, bekannt. Sie entsprechen den allgemeinen Erwartungen. Man wußte, daß nun der berühmte russische Kubel kommen werde und die Behauptung, Cohn und seine Partei trügen die Schuld an dem Zusammenbruch Deutschlands. Der Spieß soll umgedreht werden, Helfferich will den Richter spielen und die Unabhängige Sozialdemokratie auf die Anklagebank zwingen.

Cohn rogelt zum vier weiß wievielfachen Male die alldeutsche Lüge fest, und er hat Herrn Helfferich, daß er in seinen Augen allerdings weniger als Zeuge denn als Angeklagter und Schuldiger dastehet.

Millionen werden die Meinung von Oscar Cohn teilen und darüber hinwegsehen, daß ihr Ausprechen in diesem Zusammenhang den geschickten Schauspieler am Zeugnis ein effektvollen Abgang finden ließ. Der erhebt sich, stellt sich mit den Händen in den Hosentaschen vor dem Untersuchungsausschuß auf, schießt nach seiner Gewohnheit die Unterlippe höhnisch vor und erklärt, den Saal verlassen zu wollen. Ob er diese Drohung wahrgemacht haben würde, steht dahin, denn in diesem kritischen Moment schließt der Vorsitzende die Verhandlungen.

Was soll nun werden? Alles hängt davon ab, ob die Ausschlagsmehrheit fest bleiben wird, das heißt, ob sie alle Konsequenzen ihrer gestrigen Entschlüsse zu tragen bereit ist. Sie sind bei Stimmhaltung des Genossen Cohn mit vier gegen zwei Stimmen gefaßt worden. Neben dem Abgeordneten Warmuth gehört auch ein Mitglied des Zentrums, Frau Schmitz, zur Minderheit. Zweifelsfrei ist, ob sie formaljuristische oder politische Bedenken hatte, und zweifelsfrei ist weiter, ob das Zentrum mit ihr einer Meinung ist.

Zunächst muß man sich klar sein, daß der Beschluß, Herrn Helfferich in eine Geldstrafe zu nehmen, unter Umständen andere noch sich ziehen muß. Wenn sich der Zeuge etwa weigern sollte, an Gerichtsstelle zu erscheinen, muß er zwingungsweise vorgeführt werden. Wird die Mehrheit die hierzu notwendige Entschlossenheit aufbringen?

Weiter: Es besteht die Möglichkeit, daß die Rechtsparteien, und nach dem Verhalten der Frau Schmitz vielleicht auch das Zentrum, ihre Mitglieder aus dem Ausschluß zurückziehen. Werden die übrigen Parteien, die ja dann noch immer über die Majorität in der Nationalversammlung verfügen, ohne Rücksicht auf diesen Versuch der Sabotage das Verfahren weiterführen? Werden sie den Mut haben, dem reaktionären Hindenburg-Terror zu trotzen?

Eine Fülle von Fragen tut sich auf. Die Erschlossen im Verhandlungssaal des Untersuchungsausschusses kann Herr Gothein ausüben, deren Umfang sich zur Zeit noch nicht absehen läßt. Auf alle Fälle würde es verfehlt sein, das Auftreten des Herrn Helfferich nur als eine ammannde und übermächtige Geste zu bewerten. Er hat bewußt das Signal zum Aufbruch gegeben. Die nächsten Tage müssen zeigen, wie stark und wie entschlossen die Gesolglosigkeit dieses Putzisten ist und was sie wagen kann.

Die Telegramm-Union ist zu der Erklärung ermächtigt, daß Staatssekretär Dr. Helfferich am Montag wieder vor dem Untersuchungsausschuß als Zeuge erscheinen wird.

Damit ist durchaus nichts gesagt über die Haltung, die Helfferich am Montag einnehmen wird. Wird er auf Fragen von Oscar Cohn antworten oder nicht? Das ist der springende Punkt. In der „Sozialistischen Korrespondenz“ meint Ed. (Scheidemann), daß Helfferich damit rechne, daß Hindenburg und Ludendorff die gleiche Haltung einnehmen werden, wie er, und daß der Untersuchungsausschuß nicht wagen werde, gegen die beiden Herrscher vorzugehen. Darin würden sich die Herren oben sehr irren.

## Die monarchistische Gefahr.

Im „Vorwärts“ ruft Scheidemann zum Kampf gegen die monarchistische Gefahr. Er schildert die augenblickliche politische Situation folgendermaßen:

Der Feind steht recht! Zweifel an dieser Tatsache noch einer von all denen, die immer angibt nach links, als nach der Gefahr, geschleht haben, die höhnisch bis monarchistische Bestimmung der Offizierskreise der Reichswehr als eine Bagatelle abzutun wollten und vor nichts Angst zu haben schienen, als vor dem „Loisgemäßigten Gespenst“? Heute sind wir so weit, daß die Straßen Berlins, die sonst aufs ängstlichste mit Drahtverbänden und Bajonetten gegen Massendemonstrationen geschützt werden, zum Tummelplatz monarchistischer Kundgebungen geworden sind und derjenige, der einen Hohnruf auf die Republik ausbringt, verprügelt wird, von den nicht alle Wunden, die in dem Sieb vom Siegerkrone den richtigsten Ausdruck für die Zeit der größten Niederlage sehen.

Ich will den Genossen in aller Kürze die Bilanz aufmachen: wir brauchen nur die zwei letzten Tage zu nehmen. Rudolf Hindenburg, wobei Oberst Reinhardt, der immer noch im Dienste ist, eine Ehrenkompagnie und Ruß aufmarschieren läßt. Kaiserhoch, Verpöhlung von Republikanern, natürlich ohne daß die Reichswehr einschreitet. Hindenburg nimmt bei Helfferich Wohnung; die Reichswehr stellt vor Helfferich für zwei Schruppen. Vor dem Haus reißen die deutsch-nationalen Kundgebungen nicht ab. Zur gleichen Zeit Vernehmung Helfferich vor dem Untersuchungsausschuß... Zur gleichen Zeit läßt Hindenburg nach dem Reichstag. Warum? Seine Vernehmung findet noch nicht statt. Aber Studenten und Schüler schreien gewohnt zu haben, daß er auf dem Wege war, erwarten ihn mit schwarzen weissen roten Fahnen, sperren die Straße, schimpfen den Untersuchungsausschuß und lassen das Kaiserreich und den Kaiser hochleben. Alles auf offener Straße, trotz dem Belagerungszustand. Preisfrage: Wo blieb die Reichswehr? Am Abend desselben Tages Sprengung einer Versammlung der Liga für Volk und Bund, in der Erzberger gesprochen sollte... Während jede Versammlungsprengung von links sofort mit dem Einschreiten der Reichswehr beantwortet wird, konnte sie hier vollkommen ungehindert vor sich gehen. Genau so, wie der nachher sich bildende Demonstrationzug, der zwar von der Reichswehr abgedrängt wurde, sich aber vor dem Reichsfinanzministerium ungehindert aufziehen konnte. Resultat: Der Eindruck in der ganzen Welt, daß die deutsche Reaktion sogar schon in dem wohlbehüteten Berlin oben auf sei, daß die Regierung dieser Bewegung machtlos gegenüberstehe und lediglich eine Dekoration nach außen sei, hinter der sich das zusammengebrochene Kaiserreich und seine Palastherrscher wieder verbergen können.

Ich will kein Geht daraus machen, daß ich, und ich glaube mit mir die übergrabe Anzahl der Breitenwissen, nicht gesonnen bin, diese Entwicklung ruhig mitanzusehen. Der morgige Tag darf nicht nur zu einem Lippenbekenntnis zur Republik und gegen die Reaktion werden, sondern er muß für Regierung und Regierungsparteien der entscheidende Tag zum Bekenntnis durch die Tat werden. Von heute ab darf kein Atom ihrer Kraft dem Kampfe nach rechts verloren gehen... Hier gibt es kein Volkieren... „Wer nicht für mich ist, der ist wider mich!“ Das muß für uns in dem Kampfe gelten, der jetzt angeht und in dem es sich um Leben und Tod der Demokratie handelt.

Und angesichts der reaktionären Gefahr fordert Scheidemann die Einheitsfront des Proletariats.

Wir können ihm mit allem Recht erwidern: Deine pure Schuld, die ihr aus Angst vor dem „bolschewistischen Gespenst“ die Macht in die Hände der Monarchisten gespielt habt! Aber wir wollen heute einmal die Schuldfrage nicht behandeln. Auch wir halten die Situation für ernst und wir brauchen nicht erst die Demonstrationen abzuwarten, um zu wissen, wie machtvoll in Deutschland die monarchistische Reaktion sich aus ihrer Erniedrigung erheben hat.

Aber wir vernissen im Artikel Scheidemanns vor allem die politische Schlussfolgerung. Die Macht der Reaktion ist das Ergebnis des Systems Noske. Die Frechheit der Monarchisten ist die Folge der Knebelung und Niederhaltung der Arbeiterklasse durch den Belagerer Hindenburg. Wenn wir die Berliner Arbeiter auf

Wohne aufrufen wollten, sie würden kommen und zeigen, wenn die Strafe politisch gehört. Aber wer garantiert uns, daß, wenn wir die Massen rufen, sie nicht von den Maschinenengewehren Roskes erwartet werden, von den monarchistischen Offizieren befehligen Gorder des Parteigenossen Scheidemanns, vor dem er erst vor kurzem zurückgewichen ist?

Die Republik schützen, ist sicher wichtigste politische Pflicht. Aber sie zu schützen, ohne die Sicherheit, nicht aus dem Hinterhalt von dem „Republikaner“ Roske massakriert zu werden, wäre schlimmste politische Torheit. Das ist böse für die Republik und günstig für die Monarchisten. Scheidemann weiß aber selbst, daß diese abenteuerliche Situation die von uns vorausgesehene Folge der Politik Roskes und seiner Mitregierenden ist.

Deshalb fehlt Scheidemanns Ausführung der Schluss, Er verspricht Daten. Aber die erste Tat, die not tute, ist die Liquidierung des bankrotten Systems Roskes und die Aufhebung des Belagerungsstatus, ist der Bruch mit der antisozialistischen, konterrevolutionären Politik. Erst dann kann die reaktionäre Gefahr gebannt werden!

## Die Sparprämienanleihe.

Nach Klingen uns die Ohren von der unermüdlichen Werbetrümmel für die Kriegsanleihe. Noch sind all die Begründungen nicht vergessen, die die Kriegsanleihe zur sichersten aller Kapitalanlagen stempelten, und schon weist der Kurstzettel der Berliner Wörte für sie einen Kurs von nur noch 79 v. S. aus, d. h. diejenigen, die ihr Kapital dem Staate anvertraut haben, verlieren heute bereits ein Fünftel ihres Vermögens. Auch der heutige Kurs würde nicht erzielbar sein, wenn nicht unter dem Druck des Reichsfinanzministeriums ein Zwangsfortschritt der großen Bankinstitute zusammengebracht worden wäre, das den Preis der Anleihe künstlich auf dieser Höhe hält. Aber zur gleichen Zeit zeigt sich eine andere Entwicklung, nämlich ein ungeheures Anlagebedürfnis in nicht staatlichen Anlagewerten, wie Industrieobligationen, Hypothekensandbriefen usw., so daß viele von Publikum bevorzugt werden, obgleich sie sich mit nur 4-5 v. S. verzinsen, während Staatsanleihen etwa 6 v. S. bringen. Die Verwertung unserer Markt im Ausland ergibt aber noch treffender den Grad des Mißtrauens zu unserer Finanzwirtschaft als der künstlich gehaltene Kurs unserer Anleihen. Die Markt hat heute im Ausland kaum den achten Teil ihrer Kaufkraft wie im Frieden, und so ist es kein Wunder, wenn trotz eines Notenumlages von 43 Milliarden von einer Geldknappheit gesprochen werden kann, die ein Steigen der Zinssätze zur Folge haben muß. Schon allein in diesem Umstand liegt automatisch der Grund zum weiteren Kursrückgang aller Staatsanleihen.

Und nun kommt die Regierung mit der Aufforderung an das gesamte Volk, es von neuem zur Vergabe keiner Sparprämien durch alle möglichen Versprechungen anzureden. Dem arbeitenden Volke kann zu einer Beteiligung an der Anleihe nicht geraten werden. Bei unserer Finanzwirtschaft ist nicht nur das Kapital, das dem Staate anvertraut wird, nicht sichergestellt und die Verzinsung auf die Dauer eine sehr mäßige, sondern auch der Wert von den Zinssätzen der Wörte ist weit davon entfernt produktiven Ausgaben zu dienen. 23 Milliarden sollen allein für militärische Zwecke in diesem Haushaltsjahr zur Verwendung gelangen, auch der überwiegende Teil der übrigen Ausgaben dient nicht dem sozialistischen Aufbau des Staates. Darum: dieser Regierung keinen Groschen und keinen Kredit!

Die bürgerlichen Blätter sind täglich gefüllt mit Nachrichten über die Gemeinheit der Arbeiter, sich durch Streiks und Widerleistungen an der heillosen Volksgemeinschaft zu vergehen. Die rechtssozialistische Presse in ihrer Verblendung und Unwissenheit sieht in das gleiche Horn. Sie verkümmert bewußt die Höhe der Arbeitslöhne im Ausland. In Deutschland sind die Arbeitslöhne fast die niedrigsten der Welt. Sogar in den neutralen Ländern verdienen die Arbeiter im Durchschnitt täglich, nach deutschem Gelde umgerechnet, rund 100 Mark, und die kapitalistischen Blätter kennen nur zu genau die Mittel und Methoden des deutschen Kaufmanns und Fabrikanten, ihre Vermögensobjekte ins Ausland zu verfrachten. Milliarden und aber Milliarden sind in Sicherheit gebracht. Der Spargroschen des kleinen Mannes, der Schwere des Arbeiters sollen dazu dienen, dem kapitalistischen Staat wieder sein altes Gefüge zu geben. Das mögen jene tun, die so stark interessiert sind an der Aufrechterhaltung des jetzigen Regimes.

Unsere Genossen haben bei jeder Gelegenheit klar und deutlich gesagt, was zu tun ist, um unsere Volkswirtschaft wieder in Gang zu bringen und unter welchen Voraussetzungen die Arbeiter ihre volle Kraft dafür einsetzen würden. Die Prämienanleihe aber bleibt so lange ein plummes Finanzmanöver, solange nicht ernstlich durch einschneidende Sparmaßnahmen bei den Ausgaben, insbesondere den militärischen, durch Versteuerepolitik in Verbindung mit der Sozialisierung der dazu reifen Industriezweige ernstlich an die Sanierung der Finanzen gegangen wird. Wägen die Versprechungen sollen darüber hinwegtäuschen, in welcher Finanzmisere wir durch die unverantwortlichen Unterlassungshandlungen der Regierung uns befinden.

Dazu kommt, daß uns auch die Art dieser Anleihe höchst unannehmlich sein muß. Außer den Rückmitteln des Gläuberspiels hat Erzberger aber noch eine weitere Veranlassung für die größeren Kapitalbesitzer getroffen. Wer 25 Anteile erwirbt, ist für die eingezahlten 25.000 Mark von jeder Nachschuß- und Erbschaftsteuer befreit. Ein neues Privileg, das von den Vermögensbesitzern weidlich ausgenutzt werden wird; außerdem können weitere zehn Anteile von diesen beiden Steuerarten befreit werden. Alles das kommt natürlich nur für Kapitalisten in Frage.

Für all diesen Gründen kann die Arbeiterklasse diesem neuesten Finanzexperiment nur ablehnend gegenüberstehen.

## Der Hund nburgrumme!

Gesamtlich wird mitgeteilt: Nebst dem haben sich geschlossene Jäger in der Nähe des Tiergartens und im Tiergarten gebildet, um dem zur Zeit in Berlin weilenden Generalfeldmarschall von Hindenburg Oubdingen darzubringen. Diese Umzüge sind nach den bestehenden Bestimmungen des Oberkommandos unzulässig. Wegen wiederum sich bildende Jäger mit politischem

Mitteln vorgegangen werden. Ebenso wird dafür Sorge getragen, daß die Fahrt des Feldmarschalls zum Reichstagsgebäude ohne Störung stattfinden.

Ob diese Warnung von den Alldeutschen beachtet wird, das wird sich ja am Montag zeigen. Die Studenten haben ihre Aktionen jedenfalls schon wieder mobil gemacht und sie für Montag durch Anschläge in den Hochschulen zu neuen Demonstrationen für Hindenburg aufgefordert. Wie gut die bisherigen Demonstrationen organisiert waren, geht aus der Tatsache hervor, daß trotz der Verkehrsmittel Sonderszüge angefahren wurden, die am Freitag den Potsdamer Brüdern Verstärkung aus der Provinz brachten.

## Die Alldeutsche Versammlungspredigt.

Zu der am Freitag von deutsch-nationalen Sprengkräften verhinderten Versammlung der Deutschen Liga für Völkerverbund erfahren wir noch folgendes:

Reichsminister Erzberger, der das Referat von Prof. Dr. Walter Götz (Leipzig) über „Nation und Völkerverbund“ mit einer Ansprache einleitete, war verständig, pünktlich zu erscheinen. Angesichts des wüsten Lobens der größtenteils unberechtigt im Saale anwesenden Personen wurde der Minister telephonisch gebeten, nicht zu kommen, da der Generalsekretär der Liga nicht die Verantwortung übernehmen wollte, einen Reichsminister den Verehrungen einer sich so wild gebührenden Menge auszusetzen. Zu diesem Entschluß war um so mehr Anlaß, als zahlreiche mit Revolver und Gewehr bewaffnete Soldaten ihre Absichten deutlich zu erkennen gaben.

Besonders bedauerlich ist es, daß der Leipziger Historiker Geheimrat Götz, der als Major der Reserve drei Jahre an der Front war, derartigen Anpöbeleien ausgesetzt war von Leuten, die sich national nennen. Die Deutsche Liga für Völkerverbund wird seine Rede nunmehr als Zugabe der Dummheit zugänglich machen.

## Die Heimkehr der Kriegsgefangenen.

### Zur heutigen Kundgebung.

Am heutigen Sonntag finden in Berlin mehrere Versammlungen statt, in denen die Forderung aufgestellt werden soll, endlich unsere Gefangenen freizugeben. Dieser Forderung wird sich jedermann anschließen können. Es gewinnt aber den Anschein, als sollten die Versammlungen dazu benützt werden, nationalistische Ausschreitungen zu unternehmen. Gegen dieses Vorhaben legen wir von vornherein energischen Protest ein, da durch nationalistische Kundgebungen die Befreiungsbemühungen eher gefährdet als gefördert wird. Unter den Unterzeichnern des Aufrufes zur Heimkehr der Kriegsgefangenen befinden sich in der Mehrzahl Organisationen mit ausgesprochen demokratischer Tendenz. Diese Kreise werfen die Frage der Gefangenenheimkehr lediglich aus demagogischen Parteigründen auf und schädigen dadurch die gute Sache.

Das Inserat, das zum Besuch der Versammlungen aufzuforderte, trug die Unterschrift des Ausschusses der Berliner Gewerkschaftskommission, wesswegen die Inseratenabteilung keine Bedenken gegen seine Veröffentlichung hatte. Wie uns Alwin Köster mitteilt, habe er nur für sich die Unterschrift gegeben und ohne zu wissen, daß nationalistische Organisationen an der Kundgebung beteiligt seien.

Wir hoffen aber, daß in den heutigen Versammlungen den deutsch-nationalen Kreisen der Wind aus den Segeln genommen wird. Jeder Versuch, die Frage der Gefangenenheimkehr zu nationalistischen Zwecken auszunutzen, muß energisch zurückgewiesen werden. Denn derartige Kundgebungen machen auf die Entente absolut keinen Eindruck. Dagegen verdrängen wir uns einen viel größeren Erfolg von den Kundgebungen, die von pazifistischen Organisationen erlassen werden. So hat der vor kurzem gegründete Friedensbund der Kriegsteilnehmer folgendes Manifest an die französischen Kameraden gerichtet:

### An die französischen Kameraden!

#### Kameraden!

Wir sprechen so zu euch, weil wir gemeinsam gekämpft, gelitten und gestorben haben. Weil wir Opfer eines Blutes, eines Krieges gewesen sind. Und weil wir euch Kameraden im Kampfe für den Weltfrieden und die Völkervereinigung sein wollen. Weil wir, wie ihr, die Wiederkehr eines so entsetzlichen und abemündigenden Kampfes mit allen Kräften verhindern wollen.

#### Kameraden!

Wir sind schon länger als ein Jahr in diesem Streben gekämpft, wir konnten es, weil wir schon lange wieder freie Menschen und nicht mehr Soldaten sind. Unsere Kraft, die gegen jeden Völkerverhaß arbeitet, steht seit Monaten in der Klammer des Chauvinismus, der die Zurückhaltung unserer 450.000 Gefangenen als Waffe gegen uns und unser höchstes Ziel benützt.

#### Kameraden!

Wir wissen, daß Frankreich gelitten hat. Wir wissen auch um euren Schmerz über wahnwitzige Forderungen und die Belohnung eurer Angehörigen im Kriegesgebiet.

Wir wissen aber auch um die Weiden unserer armen Weiber. Wir wissen, wie ihr es wagt, daß sie den Krieg nicht gerufen, daß sie dem Zwang eines Systems gehorchen mußten, das heute nicht mehr das unsere ist. Unsere armen Weiber sollen unschuldig und noch mehr ihre Frauen, Kinder und Mütter.

#### Kameraden!

Helft uns, unsere Weiber befehlen! Sagt uns, weshalb für die 450.000 der Krieg noch fortzuauern muß, während die Völker schon lange den Frieden und die Freiheit haben. Seid uns auch Kameraden in diesem Befreiungskampfe! Es ist nötig, daß unsere Gefangenen ohne jeden Haß in die Heimat zurückkehren, um gemeinsam mit euch und uns an der Verdringung unserer Völker zu arbeiten!

Diesen Gedanken gängen sollte sich jeder anschließen, der in den Versammlungen für die Heimkehr der Gefangenen demonstriert.

Anßichts der großen Kundgebung für die Kriegsgefangenen richtet der Reichsanwalt im Namen der Regierung an die Bevölkerung Berlins einen Aufruf in dem es heißt:

Heute wird in dreißig großen Versammlungen das Volk in Berlin seiner Kriegsgefangenen Brüder gedenken. Die Reichsregierung sieht in dieser gewaltigen Volkskundgebung die beste Unterstüzung ihrer pflichtgemäßen Bemühungen, die letzte und schrittweise Kriegsverjährung, die Gefangenenerlöschung, endlich aus der Welt zu schaffen. Die Reichsregierung hat bis jetzt

keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um Frankreich die Entlassung zu fordern. Auch weiterhin wird sie bei jeder Verhandlung als erste und ausschlaggebende Bedingung stellen: Freilassung unserer Kriegsgefangenen.

## Komödienpiel.

Trotz aller Warnungen und Verbote der Regierung sehen die deutschrussischen Werbeagenten ihr verbrecherisches Spiel in Deutschland fort. Nachdem ihnen in Berlin der Boden etwas zu heiß angeworfen ist, haben sie ihre Tätigkeit vorübergehend in die Provinz verlegt. In Potsdam wurden Freitag vormittag für 12-15 Millionen Mark russisches Papiergeld beschlagnahmt. Das Geld wurde in der Hofbuddruckeri Robert Müller, Breite Straße 23, hergestellt und war für die westrussische Regierung (Amolow-Bermandt) bestimmt. Auch in Hannover ist in den letzten Tagen ein Versteck auf Getreide unserer dortigen Parteileitung ausgehoben worden. Ebenso wurde in Hamburg eine Vermittlungszentrale für die deutschrussischen Truppen in Kurland aufgedeckt. In den Werbeagenten, die zum Eintritt in das Reichement Major Bischoff aufzuforderten, ließ es, daß vom Baltikum aus nach der Abwehrkämpfung des Bolschewismus die Befreiung Deutschlands ins Werk gesetzt werden sollte, da von der jetzigen Regierung Deutschland erobert werde.

Die alldeutsche Presse nimmt sich nach wie vor in wärmster Weise der Reuterer und der Werbeagenten an. Die „Deutsche Tageszeitung“ bezeichnet sogar die Kommandantur, weil diese bisher verschiedene Verhaftungen vorgenommen hat, als bolschewistisch vertrieben! Auch Herr Roske habe es mit dem agrarischen Organ verbunden, weil er verschiedene Verordnungen gegen die Bolschewisten erlassen hat. Dadurch habe er sich zu einem Diener Trochis herabgewürdigt. Außerdem behauptet das Blatt, daß alles, was wir bisher über die russischen Verbindungen berichtet haben, blanke Schwindel sei. Die „Deutsche Tageszeitung“ muß ja wissen, warum sie sich der Schieber so warm annimmt.

Herr Leutnant Reich, von dem wir neulich berichteten, daß er mit dem russischen Stabskapitän Tscheremissinow in engster Verbindung stehe und ein Agent der westrussischen Regierung sei, übermittelte uns eine „Berichtigung“, in welcher er die von uns aufgestellten Behauptungen als unmaßig bezeichnet. Unsere Behauptungen werden durch diese „Berichtigung“ aber nicht erkräftigt. Wir können bei dieser Gelegenheit lediglich die wertvolle Tatsache buchen, daß telephonische Nachrichten, die uns über das Treiben der Werbeagenten in Berlin zugegangen sind, durch die von der Regierung bestellten Telephonspiegel, die unsere Leitung überwachen, sofort an die beschuldigten Personen weitergeleitet wurden. Herr Leutnant Reich hat uns unter Zuzug selbst dieses charakteristische Eingekländnis gemacht. Da ist es natürlich kein Wunder, wenn die mit der Verfolgung beauftragten Organe folgen die Vögel in ihrem Neste antreffen. Wir legen gegen diesen Skandal den allerhöchsten Protest ein und fragen die Regierung, wie lange sie dieses verbrecherische Spiel noch fortsetzen will.

## Nur ein „Jertum“.

Wie die „B. B. R.“ erfahren, ist das in Potsdam beschlagnahmte Geld wieder freigegeben worden. Es soll sich bei der Verhaftung nur um einen „Jertum“ gehandelt haben, da jedermann das Recht besitze, in Deutschland Neugeld herstellen zu lassen. Interessant wäre es allerdings, den Auftraggeber für das in Potsdam beschlagnahmte Geld zu ermitteln, da sich daraus wichtige Schlüsse auf die Berliner Beziehungen der westrussischen Regierung ziehen ließe. Die Trudereien verweigern hierüber jedoch jede Auskunft.

Die Komität der „B. B. R.“ ist höchlich. Hat denn die Regierung keine Wachtmittel in der Hand, die Auftragsgeber auszufundieren? Oder ist sie nicht mehr Herr im Hause?

## Die Wahlen in Oberschlesien ungünstig.

### Eine Note der Entente.

Der deutschen Delegation in Paris hat der Oberste Rat eine Note vom 13. November 1919 übersandt, in der es heißt: Wenn man sich an den Buchstaben des Versailleser Vertrages hält, so ist es unbestreitbar, daß der Preussische Staat bis zum Inkrafttreten des Friedensvertrages die Verwaltung in dem ober-schlesischen Abstimmungsgebiet ausüben kann. Aber es erregt Verwunderung, daß die Preussische Regierung mit der Abhaltung der Wahlen bis zu dem Augenblick gewartet hat, wo das Inkrafttreten des Vertrages, wie die Regierung hat wissen müssen, nahe bevorsteht. In der Tat werden, wie sich nicht bezweifeln läßt, die unter solchen Umständen vorgenommenen Wahlen, welche die erste Befragung des Volkes seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages darstellen, durch die bestehenden nationalen Parteien dahin ausgelegt werden, daß sie über die Stärke dieser Parteien Rückschlüsse liefern, die man als maßgeblich für den vorläufigen Ausfall der Volksabstimmung verwenden wird. Es ist wahrscheinlich, daß diese Wahlen zum Vorwande einer Treiberei dienen werden, um die Abstimmung über das künftige Schicksal dieses Landes zu beeinflussen, während die Bedingungen, unter denen diese Wahlen stattgefunden haben, weit entfernt sind, den Bedingungen zu gleichen, denen die Vornahme der Volksabstimmung unterliegen muß. Unter diesen Umständen sehen sich die alliierten und assoziierten Mächte genötigt, die deutsche Regierung wissen zu lassen, daß sie es als ihr Recht betrachten, die vor dem Inkrafttreten des Friedens und gegen ihre begründete Auffassung in Oberschlesien veranfaßten Gemeindefälle als ungültig und nicht geschehen zu erklären. Die internationale Kommission wird veranlaßt werden, bei der Nebernahme ihres Dienstes entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

## Aufhebung des Kriegszustandes in Bayern.

München, 13. November.

Wie die Korrespondenz Heffmann mitteilt, wurde durch Verfügung des Gesamtministeriums nunmehr die Aufhebung des Kriegszustandes in Bayern mit gewissen Einschränkungen und mit Wirkung ab 1. Dezember ausgeschrieben. Gleichzeitig geht die vorgeschriebene Gewalt wieder auf die Zivilverwaltung über.

## Verhandlungen mit Sowjetrußland.

London, 14. November (Reuter.)

Künftig wird mitgeteilt, daß der Abg. der Arbeiterpartei, James O'Grady morgen nach Moskau abreist, um mit dem Vertreter der russischen Sowjetrepublik Wjatschkin über den Austausch ähnlicher Kriegsgefangener und Zivilgefangener zu unterhandeln.

# Der Beschluß der Volksversammlung.

Genosse Rudolf Wahl sendet uns folgende Erklärung:

In der am 12. November stattgefundenen Volksversammlung der Arbeiterräte und Betriebsfunktionäre wurde eine Resolution angenommen, die unter anderem vom Verlangen der Gewerkschaftsinstanzen bei der Führung von revolutionären Kämpfen spricht, und erklärt, daß das revolutionäre Proletariat zur Einleitung und Führung solcher Kämpfe in einheitlichen Kampfformationen zusammengefaßt werden muß, hat dieselben Anlaß zu einer falschen Auffassung gegeben, der ich hiermit von vornherein ganz entschieden entgegenstellen muß. Hierzu hat im besonderen Maße die „Freiheit“ beigetragen, die dem Bericht der Volksversammlung eine Erklärung der Redaktion voransetzt, die meiner Ansicht nach gänzlich daneben gehalten hat.

Wenn die Freiheit z. B. schreibt, daß die in der Versammlung vorhandene Erbitterung nicht dazu führen dürfte, den Gewerkschaften den Kampf zu erklären, so habe ich demgegenüber auszusprechen, daß der Kampf gegen die Gewerkschaften sich lediglich nur gegen solche richtet, die, wie die Resolution ganz richtig sagt, „nicht Mittel und Ausdruck des reinen Rätekriegs sind, und an den alten und unwirksam gewordenen Formen des proletarischen Massenkampfes festhalten.“

Diesen Satz bitte ich ganz besonders zu beachten, aber nicht nur die „Freiheit“, sondern mit ihr alle diejenigen, die dem Beschluß eine falsche Deutung geben.

Es liegt also nicht an uns und unserer Stellungnahme, in welchem Verhältnis wir zu den Gewerkschaften stehen. Vielmehr liegt es daran, ob die Gewerkschaften die Absicht und den freien Willen haben, sich als Mittel zur Erlämpfung des Rätekriegs zu betätigen bzw. zu betätigen.

Daß eine Umgestaltung der Gewerkschaften in dem von uns vorzuziehenden Sinne möglich ist, hat der letzte Verbandstag der Metallarbeiter in Stuttgart durch die Annahme der Resolution H. Müller bewiesen. Ist damit auch noch nicht alles getan, so muß man doch den dort gefassten Beschluß als eine wichtige Etappe auf dem von uns vorgezeichneten Weg betrachten.

Wenn nun die „Freiheit“ weiter schreibt, daß durch den Beschluß der Volksversammlung den Gewerkschaften der Festschluß hingeworfen wird, so stimmt das bedingt.

Zweifellos wird den Gewerkschaften, die heute noch im alten gewerkschaftlichen Bahnhäuser stehen und fernhin ihre Haupttätigkeit darin betreiben, einige Forderungen Vornehmung zuzugestehen, der schärfste Kampf angelegt werden müssen.

Wenn das, wie die „Freiheit“ schreibt, von ihr nicht gutgeheißen werden kann, dann beweist sie, daß nicht wir, sondern sie selbst großen Mangel an sozialistischer Einsicht hat.

In meinem Referat in der Volksversammlung habe ich darum auch nur solchen Gewerkschaften den Kampf erklärt, die sich nicht zur revolutionären Kampforganisation in dem von mir gemeinten Sinne umgestalten können oder wollen.

Wenn nun behauptet wird, daß der Beschluß zu früher gesprochenen in Widerspruch stünde, so trifft das nicht zu. Es handelt sich nicht um die Frage Betriebsorganisation oder Gewerkschaften in dem Sinne wie es die A. P. D. durch ihre Parole „Deraus aus den Gewerkschaften“ stets gemeint. Dieser Parole stehen wir auch heute noch durchaus ablehnend gegenüber.

Zu übrigen hält die A. P. D. diese Parole sehr auch nicht mehr aufrecht. Ihren Mitgliedern ist freigestellt, der einen oder der anderen Organisation anzugehören. Also nicht wir, sondern die A. P. D. haben sich in der Vergangenheit gewandelt.

Die Annahme, daß ich in meinem Referat in der Volksversammlung für die Parole „Deraus aus den Gewerkschaften“ eingetreten wäre, ist darum eine völlig irrtümliche Ansicht.

So konnte sich die „Freiheit“ ihre kritische Bemerkung an die Spitze des Versammlungsberichts erheben.

Nach allem dem werden auch die sich der Zeit anpassenden revolutionären Gewerkschaften keinen Grund mehr haben, sich über den Beschluß der Volksversammlung zu entrüsten.

Im übrigen wird von berufener Seite in den nächsten Tagen eingehend darüber geschrieben werden, was ich schon heute zu beachten bitte.

Aus einigen Teilen der Erklärung spricht eine gewisse Annahme, die wir zurückweisen müssen, da sie weder in den Leistungen des Verfassers der Erklärung, noch in den Leistungen der Volksversammlung begründet ist, um die es sich hier handelt. Mag die Resolution nun so oder so ausgelegt werden, sicher ist, daß sie den Reim zu einem die Bewegung des Klassenbewußten Proletariats über schädigenden Konflikt in sich birgt. Es ist ihr Fehler, daß sie verschiedentlich ausgelegt werden kann, sofern diese Unklarheit der Resolution nicht von ihren Urhebern beabsichtigt war. Im übrigen ist es nur zu begrüßen, daß der Genosse Wahl erklären kann, es sei alles nicht so böse gemeint. Wir können daraus die Hoffnung, daß eine Verständigung zwischen den Gewerkschaften und den Arbeiterräten möglich ist, ein Ziel, dem wir gern dienen wollen, und dem zu dienen auch nur der Zweck unserer Volemif gegen den Beschluß der Volksversammlung ist. Dazu aber ist gegenseitige Klarheit und Offenheit nötig und vielleicht giebt die beteiligten Genossen daraus die Lehre, daß es sich empfiehlt, den Resolutionen einen klaren und eindeutigen Wortlaut zu geben.

Was die Erklärung über die Haltung der Kommunisten zu den Gewerkschaften hat, ist nur „bedingt“ richtig, um mit Wahl zu reden. Die Haltung der Kompartei der A. P. D. unterscheidet sich in dieser Frage allerdings von der Haltung der kommunistischen Verbänden der Betriebsorganisationen. Ihre Propaganda schießt, wenn sie überhaupt einen Sinn haben soll, die Parole „Deraus aus den Gewerkschaften“ notwendig in sich. Und mit dieser Richtung ist die Volksversammlung vom 12. November durch ihren Beschluß in viel zu nahe Berührung gekommen.

## Wahltag in den Entenländern.

Am heutigen Tag finden in sämtlichen romanischen Ländern der Orient die Wahlen zu den Volksvertretungen statt. Heute sollen die Bewohner Frankreichs, Belgiens und Italiens ihr Urteil sprechen über die Politik ihrer Regierungen. Heute soll das Proletariat in jenen Staaten Zeugnis legen über den Fortschritt der Revolutionierung ihrer Länder und über ihre Durchdringung mit den sozialistischen Idealen.

In allen drei Ländern ist der Wahlkampf im wesentlichen ein Kampfschach zwischen Bürgertum und Sozialismus. Vor allem aber in Frankreich, da ein verhältnismäßig feiner Wack in kulturellem Durchgang die verschiedenen bürgerlichen Parteien jenseits, die alle die Angst vor dem

Sozialismus unter einen gemeinsamen Hut gegen die Sozialdemokratie gebrocht hat. In Frankreich ist auch der Wahlkampf weitläufig am heftigsten gewesen, und der erbitterte Kampf des gesamten Bürgertums gegen den Sozialismus hat zu einer immer stärkeren Radikalisierung der französischen Sozialisten geführt.

Stark bewegt war auch der Wahlkampf in Italien, während er in den meisten Gegenden Belgiens außergewöhnlich ruhig war und hier nur in Flandern größeren Umfang annahm.

In allen drei Entenländern aber sehen unsere Genossen dem Ausgang der Wahl mit härtester Zuversicht entgegen. Möge der heutige Tag ihre Hoffnungen voll erfüllen und einen Markstein in der Entwicklung des revolutionären Gedankens in jenen Ländern bedeuten.

## Die Lehren des Metallarbeiterstreiks

Ueber dieses Thema wird heute vormittag 10 Uhr in einer Versammlung aller Funktionäre des Metallarbeiter-Verbandes, die auf dem Boden der A. P. D. stehen, gesprochen.

Die Versammlung findet im Vagenhof (früher Bodbrauerei), Gildestr. 3, statt.

## Die englische Arbeiterpartei und die Internationale.

Holländisch Nieuws Bureau verbreitet folgende Meldung: London, 15. November.

Die englische Abordnung für die zweite Internationale macht laut „Manchester Guardian“ Vorbereitungen zu dem Kongreß, der im Februar in Genf stattfinden soll. Bis jetzt war die englische Abordnung aus der Arbeiterpartei und der unabhängigen Arbeiterpartei bestanden, weiterhin aus der englischen sozialistischen Partei und der sogenannten Fabian Society. Unter der nun geregelten Verfassung ist aber die parlamentarische Kommission des Gewerkschaftskongresses ebenfalls eingeladen und, wie es scheint, hat sie die Einladung angenommen. Die englische sozialistische Partei hat aber nach einer Abstimmung beschlossen, sich von der zweiten Internationale zu trennen und sich bei der Moskauer Internationale anzuschließen.

Die englische Abordnung besteht aus 30 Mitgliedern, die 60 Stimmen auf dem internationalen Kongreß haben. Die Mitgliederzahl der englischen Abordnung in Genf ist wie folgt verteilt: 12 von der Arbeiterpartei, 12 von der parlamentarischen Kommission und sechs von der sozialistischen Partei, von denen die unabhängige Arbeiterpartei den größten Anteil hat.

Diese Meldung bestätigt, daß die englische Arbeiterpartei mit allen ihren Gliedern sich an dem Genfer Kongreß beteiligt. Die englische sozialistische Partei, die sich der Moskauer Internationale anschließen will, ist eine der vielen kleinen sozialistischen Parteien, deren Mitgliederzahl und Einfluß gegenwärtig gering ist.

## Der kommunale Arbeiterrat und die Gemeindevertretung.

Aus den Kreisen unserer Gemeindevertreter wird uns geschrieben:

Der kommunale Arbeiterrat war eine Frucht der Revolution. Er war nicht im Gesetzparagrafen festgelegt, sondern bildete sich trotz des Rechts der Revolution. Er war der Ausdruck gewisser Machtverhältnisse. Die Machtverhältnisse sind nicht geblieben, wie sie waren. Es soll jetzt ungeduldet bleiben, warum das so gekommen. Die Tatsache aber besteht: Der die Macht hat, hat das Recht. Und die Macht hat die Arbeiterklasse nur vorübergehend gehabt. Hat aber die andere Klasse Macht, so hebt sie der Arbeiterklasse. Je mehr Macht dort, desto geringer die Macht hier. Und deshalb die Enttäuschung, daß die Erzeugnisse der Revolution, soweit sie in bestimmten Organen der Novemberperiode zum Ausdruck kamen, wieder zu Wasser geworden ist. Ein solches Organ war der kommunale Arbeiterrat.

Die Kämpfe um seine Befestigung, die sich jetzt in den Gemeinden abspielen, sind nur ein letzter Akt. Diese Kämpfe wären unmöglich, wenn das Proletariat die Macht besäße, die es im Vorjahr hatte. Mit dem Augenblick, da die neuen parlamentarischen Körperschaften zusammengekehrt waren, strebte die Regierung die Befestigung aller Revolutionsgebilde an, die nicht „gesetzlich“ festgelegt waren.

Die kommunalen Arbeiterräte hat die Regierung für überflüssig, weil neben der „demokratischen“ Gemeindevertretung andere Kontrollinstanzen nicht mehr notwendig seien. Die früher von der Regierung angeordnete Finanzierung der Arbeiterräte ist wieder aufgehoben und die bürgerlichen Gemeindevertreter im Verein mit den Rechtsjuristen berufen sich, durch Befestigung der Arbeiterräte nur noch „demokratisch“ zu verwalten. Sie beschließen in den Gemeinden, in Zukunft keine Mittel für kommunale Arbeiterräte herzugeben. Und wo trotzdem noch Arbeiterräte ohne finanzielle gemeindliche Hilfe weiter bestehen, sucht man ihnen das Tätigkeitsfeld zu erschweren. In letzter Zeit haben in verschiedenen Gemeinden in Groß-Berlin lebhafteste Kämpfe um die Arbeiterräte stattgefunden. Sie endeten immer mit der Abwürgung derselben. Damit sind die Arbeiterräte keineswegs beseitigt. Ob finanziert oder nicht, der Räteggedanke kann durch Gemeindebeschlüsse nicht beseitigt werden. Die Arbeiter müssen vielmehr klar sehen lernen. Man wird die heutigen Vertretungsinstanzen in demselben Gegenstand wie Feuer zu Wasser, und das erst verwirklicht werden kann, wenn die Arbeiterklasse die Macht in Staat und Kirche hat.

Nun ist infolge dieser Kämpfe da und dort die Meinung aufgetaucht, ob man nicht zum Protest gegen die Abwägung der Arbeiterräte aus der Gemeindevertretung hinausgehen sollte. Ueber eine solche Auffassung kann man ernstlich nicht diskutieren. Protest, harter Protest ist und war am Platze, obwohl gar nicht verschwiegen werden soll, daß an vielen Stellen Arbeiterräte in Gemeinden eine durchaus rechtmäßige

Rolle gespielt haben, und sie nur in wenigen Gemeinden teilweise die ganze Verwaltung in der Hand hatten. Trotzdem wäre es unüberhändig und unangebracht, wenn die Arbeiter selbst sich zum Protest gegen die Abwägung der Arbeiterräte aus der Gemeindeverwaltung ausschalten würden. Denn es gibt keinen besseren Aufschauungsunterricht und keine bessere Vorbereitung für die Verwaltung einer sozialistischen Gesellschaft als die Mitarbeit in den Gemeinden.

Man muß deshalb beides tun: In der Gemeinde mitarbeiten im Sinne des Gemeindefaschismus und drauhen den Räteggedanken propagieren, wo man kann. Nicht allein Räte brauchen wir, sondern Sozialisten; die Räte allein verbürgen uns nicht unter allen Umständen, daß Arbeit im sozialistischen Sinne geleistet wird.

Der reine Räteggedanke gipfelt darin, daß die Verordnungen und die Ausführung in eine Hand gelegt werden soll. Das Volk soll sich ohne Bevormundung selber verwalten. Ein Gemeindeparlament und weiter hinauf zum Reichsparlament bildet keinen Ersatz für diese Selbstverwaltungskörper. Aber durch bloße Theorien über das Rätesystem kommen wir über die Tatsachen des realen Lebens nicht fort. Und deshalb müssen wir die Dinge nehmen, wie sie sind und nicht wie sie sein sollen.

## Zur Reorganisationsfrage.

Kurt Löwenstein.

Die Redaktion der „Freiheit“ hat es für notwendig erachtet, zu den Richtlinien einige kritische Bemerkungen zu machen. Um den Erfolg dieses neuen Statuts nicht durch Mißverständnisse zu beeinträchtigen, muß mit Nachdruck auf folgendes hingewiesen werden.

1. Es wurde von der Redaktion bemängelt, daß nicht klar genug gesagt worden wäre, daß für die Wahl zum Mitglied einer Kommission das Vertrauen der Mehrheit der Mitgliedschaft erforderlich sei. Wir weisen demgegenüber auf den Absatz 3 des Aufbaus des Aktionsrats am Orte hin, in dem es ausdrücklich heißt: „Gleich nach dem Wahlabend ist in einer Mitgliederversammlung die Wahl der Aktionsräte für die einzelnen Kommissionen vorzunehmen.“ Damit ist klipp und klar die Souveränität der Mitgliederversammlung festgelegt. Es kann auch ferner kein Zweifel darüber sein, daß unbeschadet der Selbstständigkeit der Arbeit in den Kommissionen die Mitgliedschaft jedwergem Redenschaft fordern kann, und daß in wichtigen Fragen die Zustimmung der Mitgliedschaft erforderlich ist. Ferner steht der Mitgliedschaft jederzeit das Recht zu, jedes Kommissionsmitglied abzuberufen.

2. Ist die zahlenmäßige Unbegrenztheit der Mitglieder der Kommissionen beanstandet worden, und zwar mit dem Argument, daß die Größe der Kommissionen die Leistungsfähigkeit derselben beeinträchtigt. Es liegt hier eine Verkenntnis des Charakters der Arbeitskommissionen vor. Die Arbeitskommissionen sind keine Diskussionsklubs, sondern sie sollen das gesamte Gebiet der Augenblicksarbeit und der Schulung für den Sozialismus leiten. Jedes dieser Mitglieder soll nach seinem Können eine ganz bestimmte Arbeit — und sei sie noch so klein — durchführen; natürlich unter Kontrolle der gesamten Kommission. Wir haben z. B. in Charlottenburg eine Kommission für Bildung und Erziehung, die 20 Mitglieder umfaßt. Es hat sich aber schon in dieser kurzen Zeit erwiesen, daß die meisten Mitglieder bereits mehrere Aufgaben haben übernehmen müssen, um auch nur die notwendigen Augenblicksarbeiten zu erledigen. Jeder, der sich an unseren Arbeiten beteiligt hat, wird sich den Wunsch setzen, daß unserer Mitarbeiter dreimal so viel wären.

Aber denken wir nur an die politische Kommission. Ich denke mir, daß ein Mitglied, oder mehrere, es zu übernehmen hätten, die Fragen des Baltikums genau zu studieren, andere die Aufgaben, Italiens, der Orient, Amerikas usw. Sie hätten auf Grund der Beiträge von Zeitschriften, Zeitungen und Büchern in der Kommission zu berichten, in Jahlabenden, Mitglieder- und öffentlichen Versammlungen zu referieren. Dringend wäre es erwünscht, daß die Frage der Internationalen nicht mehr wie bisher die Partei durch Schloßwörter in 2 oder 3 Tagen stellt, sondern daß vielmehr das soziale Für und Wider in klaren Arbeitgemeinschaften abgevoogen und das Ergebnis dann so vorbereitet in die Jahlabenden und Mitgliederversammlungen hineingetragen würde.

Jeder Einzige wird zugestehen müssen, daß dann eine Arbeit geleistet würde, die uns vorwärts brächte und zur Vereinheitlichung und zur Festigung unserer Politik wesentlich beitrüge. Ich will noch auf das umfassende Gebiet der Staatspolitik, der Verfassung, der Rechtsprechung und dergl. mehr hinweisen, um anzudeuten, wach unendlich fruchtbarer Arbeit geleistet werden könnte, wenn genügend arbeitswillige Genossen sich mit Sachkenntnis und Gründlichkeit diesen Aufgaben widmen würden. Wir brauchen keine Schönredner; aber unsere Partei der Distanz des Proletariats braucht in allen Fragen gründliche Schulung nicht nur einzelner, sondern der großen Massen. Es wird häufig gesagt, daß man gerade in politischer Hinsicht zur Durchdringung von augenblicklichen Maßnahmen die Anzahl der Zuhörenden nicht zu groß nehmen dürfe schon wegen der Vertrauensbewahrung. Ich bin vollständig mit dieser Meinung einverstanden, und gerade diese Arbeitskommissionen ermöglichen am besten eine solche Auslese. Mit der Vorbereitung und Durchführung etwa einer Demonstration oder Aktion im engeren Sinne wird man natürlich nicht die ganze Kommission beauftragen, sondern die Tätigsten und Vertrauenswürdigsten, und bei ihnen wird man den Vorschlag nicht prinzipiell genug ansetzen können. Das wird sich aber von selbst aus der Arbeit ergeben.

Nichtlinien für eine Abgrenzung der Kommissionen sind — darin hat die Redaktion völlig recht — bei der Neuheit des Ganges durchaus erwünscht. Der provisorische Aktionsrat hat bereits die Vorarbeiten dazu erledigt und wird diese Richtlinien demnächst herausgeben. Nur eins sei schon jetzt gesagt: mehr als jedes Statut ist natürlich jedes Statut die Arbeitswilligkeit der Genossen voraus. Das Mindeste gibt nicht nur mehr Rechte, sondern auch mehr Pflichten. Kein Optimismus geht dahin, daß die proletarischen Massen durch die Ereignisse des letzten Jahres gelehrt haben werden, daß der Sieg des Proletariats die Mobilisierung aller Kräfte voraussetzt.

Das Statut soll den Weg dazu ebnen. Das Proletariat wird unumwiderlichlich sein, wenn es aktionsfähig gemacht ist.

Gefangenentausch und Ägypten. Der erste Feindtransporter aus Ägypten ist Freitagabend mit dem Dampfer „Guldjemat“ in Grundbüttelfang angelangt. An Bord befinden sich über tausend Kriegsgefangene — zum größten Teil Angehörige der osmanischen Schutztruppe — und zahlreiche Zivilgefangene. Ein zweiter Transporter Gefangener aus Ägypten soll mit dem Dampfer „Christian Doh“ am 18. November in den Elbe mündigen.



# Helfferichs Flucht vor der Wahrheit.

## Aus dem Untersuchungsausschuß.

Fortsetzung aus dem gestrigen Abendblatt.

Dr. Helfferich: Herr Büng war damals 75 Jahre alt; alle Schritte, ihn zu befragen, waren zwecklos; er ist im Gefängnis gestorben. Mir ist kein Fall bekannt geworden, in dem die amerikanischen Gerichte gegen Ententeangehörige, die Ententeschiffe mit Proviand usw. besetzen haben, gleich streng vorgegangen sind.

Graf Bernstorff: Ich möchte nicht gern die Rolle eines Vertreters der amerikanischen Regierung einnehmen, ich kann nur Tatsachen feststellen. Ein englischer Generalkonsul ist in San Francisco auch bestraft worden wegen Verletzung der Neutralität, und zwar wegen Neutrality der englischen Armee. Professor Sonn: Welche Bewandnis hatte es mit dem Befängnis des Interdikt?

Graf Bernstorff: Der amerikanische Minister mußte täglich etwa 20 Journale in einem Kreuzverhör Rede und Antwort stehen. Langsam erklärte diesen am Nachmittag der ersten Wilsonschen Friedensnote etwas, daß die Rechte der Vereinigten Staaten zu sehr von den kriegsführenden Mächten beeinträchtigt würden, daß eine Kriegsgefahr entstehen könnte. Er gebrauchte dabei die Wendung, die Vereinigten Staaten händen am Rande des Krieges. Diese Äußerung soll Wilson nach der Washingtoner Communiqué opinio zu Ogen gekommen sein, er hat Langsam veranlaßt, diese Äußerung zu dementieren.

Abg. Dr. Cohn: Ist das Verfahren gegen den Generalkonsul Büng von der amerikanischen Regierung, das heißt von oben herab, veranlaßt worden?

Dr. Helfferich: Auch wenn sich Büng eines formellen Neutralitätsverstoßes schuldig gemacht hätte, so war das ein Ansehen gegen die fortgesetzte Verprobation englischer Kriegsschiffe mit Munition und Abole in den amerikanischen Häfen.

Abg. Dr. Cohn: Ermordete Dr. Helfferich, der also keine Anhaltspunkte dafür hat, daß die amerikanische Regierung das Verfahren gegen den Büng eingeleitet hat, daß die amerikanischen Behörden eine zu ihrer Kenntnis gesammelte Übertretung eines gültigen amerikanischen Gesetzes nicht verfolgen sollten?

Abg. Dr. Cohn: Das gehört wohl nicht hierher? Das wäre ja keine Tatsache, sondern ein Urteil.

Abg. Dr. Cohn: Für mich ist die Antwort wichtig zur Feststellung der Methodik der Helfferichschen Aussage. Aus der Antwort dürfte hervorgehen, was wir von den Ausführungen Dr. Helfferichs zu halten haben.

## Helfferich verweigert die Antwort auf Fragen des Genossen Cohn.

Dr. Helfferich: Ich habe bisher noch niemals Fragen Dr. Cohns direkt beantwortet und bitte, mich davon auch weiterhin zu befreien. (Unterstützung bei den Ausschußmitgliedern.)

Abg. Dr. Cohn: Das bedeutet also eine Zeugnisverweigerung gegenüber direkten Fragen des Ausschußmitgliedes Dr. Cohn.

Dr. Helfferich: Wenn ich vor einem Gerichtshof stände, würde ich nach der Strafprozedur das Recht haben, Dr. Cohn als Richter abzulehnen.

Abg. Dr. Cohn: Die Funktionen des Ausschusses sind beschaffen, die Strafprozedur gleichzustellen. Sie soll demgemäß Anwendung finden. Unentschieden ist noch die Frage, inwieweit die Bestimmungen über die Strafprozedur auf das Zeugnisverweigerungsrecht zutreffen. Aber selbst wenn dies der Fall wäre, würde ein Zeugnisverweigerungsrecht nur vorliegen, wenn der Zeuge sich durch die Beantwortung einer Frage strafbar machen würde. Ich bitte also um eine Erklärung des Zeugen, ob wir auf bestimmte Fragen des Ausschußmitgliedes Dr. Cohn von ihm eine Antwort erwarten können?

Dr. Helfferich: Ich möchte diese Frage, die für mich eine ernste Gemisssache ist, ohne jede Schärfe behandeln. Der Ausschuß ist ein merkwürdiges Gemisch zwischen einem Gerichtshof und einer parlamentarischen Kommission und ich bin ein merkwürdiges Gemisch zwischen einem Zeugen und einem Angeklagten. Dr. Cohn hat ausdrücklich erklärt, der Ausschuß solle dazu dienen, festzustellen, was Mitglieder der kaiserlichen Regierung verbrochen haben.

Abg. Dr. Einshelmer: Das Gegenteil, Eggellengl Dr. Helfferich: Ich lasse mich gern belehren. Graf. Abg. Warmuth: Der Zeuge hat offenbar falsch beantwortet. Wenn Dr. Cohn das gesagt hätte, so hätte ich sofort bezogene Stellung genommen.

Dr. Helfferich: Wir wollen uns doch keinen klaren Dunst vormachen. Ich fühle mich hier vom ersten Augenblick an als Angeklagter. Wäre dies nun ein Gerichtshof, so würde ich Dr. Cohn als Richter ablehnen. Die Herren werden wissen, worauf ich abziele, und ich bitte, sich mit dieser Andeutung zufrieden zu geben, um Schöpfung zu vermeiden. Wenn Sie mich aber zwingen, so werde ich auch darüber Auskunft geben.

Abg. Dr. Warmuth: Der Ausschuß wird hierüber beraten.

## Helfferich zu 300 M. Geldstrafe verurteilt.

Der Ausschuß, der sich zu geheimer Beratung zurückgezogen hat, beritt nach einseitig Stunden wieder den Saal. Die allgemeine Spannung ist aufs höchste gestiegen.

Abg. Dr. Warmuth verliest folgenden Beschluß des Ausschusses:

Der Ausschuß hat mit dem Stimmenverhältnis vier gegen zwei und der Stimmenthaltung des Abgeordneten Dr. Cohn folgenden Beschluß gefaßt: Der Ausschuß ist kein Gerichtshof. Seine Verordnungen sind auch kein Vorverfahren für den Staatsgerichtshof. Er hat kein Urteil zu fällen. Die Ablehnung eines Zeigers aus persönlichen Gründen ist nicht zulässig, ebensowenig die Nichtantwortung der Fragen, die ein einzelnes Mitglied stellt. Eine Ablehnung der Beantwortung von Fragen stellt einem Zeugen nur aus den Gründen der Strafprozedur zu.

Der Vorsitzende fährt darauf fort, indem er sich an Dr. Helfferich wendet: Sind Sie bereit, Eggellengl, nachdem ich diesen Beschluß vorgelesen habe, jetzt die Frage von Herrn Dr. Cohn zu beantworten?

Dr. Helfferich: Der Beschluß hat an den für mich maßgebenden Gründen nichts geändert. Daher bin ich nach wie vor nicht bereit, die Fragen des Herrn Dr. Cohn zu beantworten.

(Bewegung und Beifall im Zuhörerraum und bei der Presse.)

Vorsitzender Abg. Warmuth: Für diesen Fall ist mit dem gleichen Stimmenverhältnis vier gegen zwei bei Stimmenthaltung des Abg. Dr. Cohn folgender Beschluß des Ausschusses ergangen:

Der Zeuge Dr. Helfferich wird, da er sein Zeugnis ohne gesetzlichen Grund verweigert hat, entsprechend § 89 der Strafprozedur in die durch die Weigerung verursachten Kosten sowie zu einer Geldstrafe von dreihundert Mark verurteilt.

## Abschluß des Vorsitzenden des Ausschusses.

Besonders möchte ich folgende Erklärung hinzufügen. Der Strafbeschluß an sich entspricht nicht meiner Auffassung über die Bedeutung der strafrechtlichen Anwendung der Strafprozedur auf diesen Ausschuß. Ich bin der Auffassung, daß man die Strafprozedur nicht in so weitgehender Weise auf das, was diesem Verfahren zugrunde liegen soll, ausdehnen darf; daß man vielmehr auch die persönlichen Gründe würdigen soll, die jemand bestimmen können, sein Zeugnis zu verweigern. Ich habe wieder den höchsten Wert darauf gelegt, daß vor einem solchen Beschluß die persönlichen Gründe genannt werden, die Dr. Helfferich veranlaßt haben, sein Zeugnis zu verweigern, ehe man ihn deswegen verurteilt. Für mich ist die Ablehnung meiner Zeugnisaussage durch die Ausschlußmehrheit so bedauerlich und so wichtig, daß ich den Vorsitz des Ausschusses hiermit niederlege. (Schlauer Beifall bei einem Teil der Pressevertreter und im Zuhörerraum.) Ich übergebe den Vorsitz nunmehr dem Stellvertretenden Vorsitzenden Abg. Götzein: Zunächst muß ich entschieden rügen, daß hier von Vertretern der Presse

Beifall und Bezeugungen geäußert werden. Wenn das noch einmal geschieht, werde ich diesen Herren die Karte zeigen. Gleichzeitig mache ich darauf aufmerksam, daß, wenn noch einmal aus dem Zuhörerraum irgendwelche Kundgebungen erfolgen, ich den Zuhörerraum räumen werde.

## Helfferich treibt offene Obstruktion.

Ich möchte nunmehr den Fragen fragen, ob er bereit ist, die Gründe anzugeben, die für ihn maßgebend gewesen sind, die Fragen des Abg. Dr. Cohn nicht zu beantworten. Auf besonderen Wunsch des Abg. Dr. Cohn wird der Zeuge aufgefordert, diese Gründe in öffentlicher Sitzung anzugeben. Ich werde aber darauf aufmerksam, daß es sich nur um sachliche Angaben ohne Werturteile dabei handeln kann.

Dr. Helfferich: Welche Rechtsmittel haben mir gegen den Strafbeschluß des Ausschusses zur Verfügung?

Stella. Abg. Götzein: Darüber hat der Ausschuß noch keinen Beschluß gefaßt. Ich stelle Ihnen ein, sich nach einem Rechtsmittel zu erkundigen oder beim Gesamtausschuß Beschwerde einzulegen.

Dr. Helfferich: Ich stelle fest, daß ein Rechtsmittel gegen den Beschluß des Ausschusses den Mitgliedern des Ausschusses offenbar nicht gegenwärtig ist.

Stella. Abg. Götzein: Sie haben gar nichts festzustellen. Feststellungen trifft nur der Ausschuß.

Dr. Helfferich: Ich habe mich nach dem Rechtsmittel erkundigt und stelle erneut fest, daß mir der Ausschuß einen solchen Rechtsmittel nicht angeboten kann.

Stella. Abg. Götzein: Ich habe Ihnen schon gesagt, daß Sie sich beim Gesamtausschuß über den Unter Ausschuß beschweren können.

Dr. Helfferich: Ich nehme an, daß sowohl Herr Dr. Cohn wie die anderen Ausschußmitglieder die Dinge gegenwärtig sind, die ich meine. Ich möchte sie nicht nennen, um jede unnötige Schärfe zu vermeiden. Nachdem aber Dr. Cohn und der Ausschuß Wert darauf legen, daß diese Gründe genannt werden, bin ich gezwungen, es zu tun:

Der Gesamtausschuß ist eingesetzt worden, um die Gründe zu prüfen, die zu dem furchtbaren Zusammenbruch unseres Vaterlands geführt haben. Nach meiner Auffassung ist Dr. Cohn an diesem Zusammenbruch ganz unmittelbar beteiligt. Nach einem Telegramm des Reichsleiters Joffe, des Leiters der russischen Sowjetregierung, hat in der Zeit in der unser Vaterland den schmerzlichen Kampf gegen eine feindliche Übermacht führte, sich Dr. Cohn von Joffe Gelder der russischen Sowjetregierung zur Verfügung stellen lassen, um Deutschland zu revolutionieren. Das ist der Grund, aus dem heraus ich es ablehnen muß, mich mit Dr. Cohn über diese Dinge zu unterhalten und ihm auf Fragen Antwort zu geben.

Sie können alle Zwangsmittel der Strafprozedur gegen mich anwenden, aber keine Macht der Welt wird mich zwingen können, Herrn Dr. Cohn hier Rede und Antwort zu stehen.

Abg. Dr. Cohn: Ich wurde mich an den Ausschuß und wurde mich auch an Dr. Helfferich, obgleich er es ablehnt, auf meine Fragen Antwort zu geben.

Was Dr. Helfferich hier vorgebracht hat, ist in tatsächlicher Beziehung unrichtig.

Das ist wiederholt für die Öffentlichkeit festgestellt worden, und es ist wieder ein Beweis dafür,

mit welcher Leichtfertigkeit Dr. Helfferich mit den Tatsachen umspringt.

Wenn er eine längere als unrichtig bezeichnete Tatsache wiederum dazu benutzt, um sich für seine Haltung in einer ersten rechtlichen und politischen Frage eine Grundlage zu schaffen. Es ist nicht richtig, daß Reichsleiter Joffe jemals in einem Telegramm behauptet hätte, mir zu einer Zeit Gelder gegeben zu haben, in der das Vaterland an der Front gerungen hat. Joffe hat lediglich in seinem Telegramm gesagt, was ich später in der Nationalversammlung auch bestätigt habe, daß er mir am 6. November 1918 einen bestimmten Geldbetrag übergeben hat, und zwar zu ganz bestimmten Zwecken, über die ich mich gleichfalls schon ausdrücklich geäußert habe. Der Prop. den Dr. Helfferich behauptet hat, hätte nichts damit zu tun. Ich habe das Geld bekommen nur zur Unterstützung russischer Gesandter in Deutschland, und zu einem kleinen Teile waren diese Gelder auch bestimmt zur Unterstützung der politischen Hochs meiner Partei. Es möchte auch Herrn Dr. Helfferich einfallen, daß ich vom 6. November an, selbst wenn ich diese Gelder sofort zur Unterstützung meiner politischen Ziele ver-

# Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.

Aus dem Manuskript übertragen von Hermine Zur Mühlen.

Es war fast unmöglich, dem Gelächter ein Ende zu machen — ein Sozialist, der die englischen Kriegsschiffe verurteilt! Genosse Gerrity klopfte wie toll mit dem Holzhammer auf den Tisch, verlangte Ruhe; jeder Redner sollte angehört werden. Norwood fuhr fort: „Ich sehe ein, daß keine Regierung der Welt vollkommen ist, doch sind eifrige dennoch besser als die anderen; es ist eine historische Tatsache, ob ihr sie nun ausgeben wollt oder nicht, daß die Welt bis heute gesicherte Freiheit — in Britannien, Kanada, Australien, Neuseeland — stets von den britischen Kriegsschiffen gesichert wurde. Versinken diese Kriegsschiffe, so muß jede dieser freien Gemeinwesen eine bei weitem größere Militärmacht schaffen, als sie bis jetzt besaß. Wenn die Vereinigten Staaten nicht die Gebräuche der Handelschiffahrt in dieser Krise aufrechtzuerhalten vermögen, so kann das bloß eines zur Folge haben: Amerika müßte in den nächsten dreißig Jahren all seine Kräfte auf die Vorbereitung für den Entscheidungskampf mit dem deutschen Militarismus verwenden. Die Zeit der Kontroversion ist vorüber, das Land tritt in den Krieg ein.“

„Ich gehe nicht in den Krieg!“ brüllte Schneider. „Seien Sie vorsichtig,“ lautete die Antwort, „Sie werden, ehe Sie sich versehen, mitten drin sein.“

Der große Brauereiarbeiter lachte, daß der Mörkel an der Wand abbröckelte. „Ich möchte sehen, wie man mich dazu zwingen kann! Ich soll für die britische Seemacht kämpfen? Sal Sal!“

## IV.

Die Rede des jungen Norwood wurde häufig stürmisch unterbrochen, dennoch hielt er sie zu Ende, damit, wie er sagte, er sein Gewissen befriedige und sein Möglichstes tue, um die Bewegung vor einem verhängnisvollen Zerium zu bewahren. „Der Horn des amerikanischen Volkes wächst mit jeder Stunde, was bis jetzt geduldet worden ist, wird nicht mehr geduldet werden. Die Demokratie wird ihr

Leben zu schützen wissen, wird sich in dieser Krise ebenso stark erweisen, wie der Militarismus.“

„Ja, und sich dabei selbst in Militarismus verwandeln!“ rief die Genossin Mary Allen. Diese Dämonin war völlig außer sich, sie fühlte sich, mehr noch wie die deutschen Genossen, durch die Vorgänge in ihren heiligsten Überzeugungen getroffen. Amerika, ihr Vaterland, verlor sich dem Krieg, verwendete seine Mittel zum Massenmord! Genossin Marys mageres Gesicht war totenfah, sie hielt die Lippen fest zusammengepreßt, bloß das Weiden ihrer Nägel verriet die Stärke ihres Gefühls. Und was für eine Rede sie hielt! Welche Blüten wildersten Gosses strömten um der allgemeinen Liebe Willen! Genossin Mary zitierte den Ausbruch eines sozialistischen Schriftstellers, der gelang hatte, die Mediatorenkämpfe haben bis zu jedem Augenblick gewährt, da die christlichen Mönche bereit waren, sich in die Arena zu stürzen, und die Kriege werden bis zu jenem Augenblick wahren, da die Sozialisten bereit sind, sich unter die Fufe der Kavallerie zu werfen. Dieses Quälern war wirklich bereit, sich noch in der gleichen Nacht unter die Fufe der Kavallerie, Infanterie, Artillerie, sogar unter die Räder eines Polizeiautomobils zu werfen.

Und dieses Gefühl beherrschte den größten Teil der Versammlung. Wenn Amerika tatsächlich an dem europäischen Krieg teilnehmen wird, so geschieht dies, bloß, weil die Protestmittel der sozialistischen Organisation zu schwach sind. Die Sozialisten werden Meutereien einberufen, Flugblätter verteilen, ihre Überzeugung auf Straßen, in Geschäften, allüberall, wo es Menschen gibt, verkünden. Sie werden an diesen verbrecherischen Tun nicht teilnehmen, weder heute, noch später; werden auch in Zukunft, wie sie es bisher getan haben, die kapitalistischen Politiker und Zeitungen, die den Krieg fördern und von ihm leben, bloßstellen und anklagen. Im Verhältnis zu der Gewalt ihrer Gefühle werden Bitterkeit und Verachtung stehen, die sie den Negativen gegenüber empfinden, den Verrätern, die in dieser Stunde der Entscheidung, da Mannesmut und Lauterkeit der Bestimmung auf der Probe stehen, die Bewegung verleugnen und sich anwerben lassen!

Als Jimmie hat abends heimwärts streifte, lächelte er einen Stoß revolutionärer Flugblätter mit, die er am

nächsten Mittag im Bereich der Sprengstoffabrik unter den Maschinenarbeitern verteilt. Selbstverständlich ward er am Nachmittag zum Aufseher befohlen und entlassen; man brachte ihn bis zur Grenze des Fabrikbereiches und verließ ihn, falls er sich hier noch einmal zeigen, werde er erschossen werden. Am gleichen Abend verließ er sich in den Laden am Kreuzweg und versuchte auch hier, seine Flugblätter an den Mann zu bringen. Er geriet in Streit mit einem der Ueberhungernden; einer schnellte auf, fuhr mit der Faust bedrohlich nahe an Jimmies Nase und schrie: „Wag dich fort, du kleine Drecksau! Wenn du noch einmal mit deinem hochverräterischen Gesicht herkommst, werden wir dich eines Nachts abholen und aus dem Staat jagen!“

## XII. Kapitel.

### Jimmie Higgins begegnet einem Patrioten.

Das Land schien wie tausendgepölkelt dem Kriege und Jimmie Higgins dem Moritorium zuzustehen; wenn der große Wahnsinn tatsächlich von Amerika Besitz ergreifen sollte; er, Jimmie, wenigstens wird sein Möglichstes getan haben, um dies zu hindern. Er wird sich dem Kriegswagen in den Weg stellen, sich unter die Fufe der Kavallerie werfen, mit seinem toten Leib den Pfad verstopfen. Dieses äußerst aktivistische Programm konnte bloß ein Hindernis — genau genommen, vier Hindernisse, drei kleine und ein großes; das große war Lizzie.

Die arme Lizzie hatte selbstverständlich keine Ahnung von den Weltgewalten, gegen die ihr Mann den Kampf aufnahm; für Lizzie bestand das ganze Leben aus drei Babies, die sie ernähren und pflegen mußte, und einem Gatten, dem Werkzeug, welches ihr die Erfüllung dieser Pflicht ermöglicht. Die Außenwelt war für sie ein schattenhafter, unklarer Ort, voll unheimlicher, nebelhafter Schrecken. Jemandwo oben im Himmel thronte eine bellige Jungfrau, hilfsbereit, wenn man auf rechte Art zu ihr betete; doch wurde Lizzie in ihrem Gebete durch die Tatsache gehindert, daß ihr Mann diese Heilige verabscheute, sogar fränkende Zweifel an ihrer Tugend hegte.

(Fortsetzung folgt.)

wendet hätte, unmöglich noch eine Wirkung hätte erzielen können, die irgendwie für die Verhältnisse an der Front von Bedeutung hätte sein können. Was aber den Hauptteil der Rede anlangt, nämlich die Unterstützung der russischen Kriegsangehörigen, so wird auch Dr. Helfferich nicht behaupten wollen, daß die Forderung dieser Art irgendwo von Einfluß gewesen ist auf die Verhältnisse an der Front. Dr. Helfferich hat sicher von dieser meiner Rede in der Nationalversammlung Kenntnis bekommen. Sollte das nicht der Fall sein, so wäre es wieder einmal ein Beweis für die Unzuverlässigkeit, mit der Dr. Helfferich so schwere Vorwürfe erhebt. Dr. Helfferich hat gesagt, er wisse nicht, inwieweit er hier Zeugnis und inwieweit Angeklagter ist. Ich kann ihm darauf nur sagen, wie ich seine Stellung sehe, nämlich, daß ich in Herrn Dr. Helfferich hier den Angeklagten dieses Unterdrückungsverfahrens erblicke.

Stellv. Vorf. Abg. Gothein: Diese Äußerung ist unzulässig. Der Ausschuss hat nur das Recht der Untersuchung, nicht das Recht, Anklage zu erheben. Ich muß diese Äußerung als im Widerspruch mit den Aufgaben und Pflichten des Untersuchungsausschusses stehend rügen.

Abg. Dr. Cohn: Ich unterwerfe mich dieser Zensur. Herr Dr. Helfferich hat gesagt: Unmittelbar beteiligt ist am Zusammenbruch Dr. Cohn, er hat die Schuld. Der Entgegenstand dieser Behauptung sollten meine Ausführungen dienen. Ich habe bereits im Mai 1917 diese Ausführungen gemacht, um den Vorwurf Dr. Helfferichs, daß ich schuld oder mitschuld sei, zu widerlegen. Dr. Helfferich unterbrechend: In welcher Art von Diskussion befinden wir uns?

Vorf. Gothein: Das Wort hat jetzt Abgeordneter Dr. Cohn.

### Die Sache wird brenzlich. — Helfferich brüllt sich.

Dr. Helfferich: Ich kann aber mein Zeugnis verwehren, dann werde ich den Saal verlassen. (Zurückgang.)

Vorf. Gothein: Dann werden wir die nötigen Maßnahmen zu treffen wissen.

Dr. Helfferich: Wenn die Diskussion so weitergeht, dann verlasse ich den Saal. (Dr. Helfferich erhebt sich, rafft seine Akten zusammen und tritt einige Schritte von seinem Platz zurück.)

Abg. Dr. Cohn: Da Dr. Helfferich uns gegenwärtig noch die Ehre seiner Anwesenheit schenkt, darf ich ihm nur noch erwidern: Ich bin zwar nicht am Zusammenbruch schuld, aber an der Entscheidung und Führung des Krieges ist nur einer schuld: Dr. Helfferich! (Große Bewegung.)

Vorf. Gothein: Ich muß diese Äußerung des Abgeordneten Dr. Cohn auf das entschiedenste rügen. — Ich schließe jetzt die Diskussion und behalte mir vor, die nächste Sitzung anzuzusetzen.

B. L. A. teilt mit:

Nach der heutigen öffentlichen Sitzung trat der Zweite Untersuchungsausschuss des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu einer vertraulichen Besprechung unter dem Vorsitz des Stellvertretenden Vorsitzenden Gothein zusammen. Es wurde beschlossen, mit den Verhandlungen am Montag fortzufahren und neben den bisherigen Zeugen Generalleutnant von Hindenburg und General Ludendorff zu laden. Die Verhandlungen werden mit der Vernehmung von Generalleutnant von Hindenburg beginnen.

## Sturmjahren in der Landesversammlung.

In der gestrigen Sitzung der Preussischen Landesversammlung kam es wiederholt zu außerordentlich stürmischen Zusammenstößen. Der Redner der deutschnationalen Volkspartei Graef erklärte in seiner Erwiderung auf die Rede des Ministerpräsidenten Dirich, daß die Begründung der Forderungen wegen der kommunalen Arbeiterräte genau so dürftig wie die Ableitung des Präsidenten Ebert auf dem Wodebilde sei. Diese Bemerkung löste bei den Rechtsnationalisten ungeheure Entrüstung aus, die den Redner lange am Weiterreden verhinderte. Als nach Graef seine das Wort ergreift, und erklärt, daß, wenn Graef sich zum Güter des demokratischen Gedankens mache, er sich umdrehe, und als er bei diesen Worten tatsächlich der Redner die Rückseite seines Körpers zuwandte, brach der Sturm auf der Redner hervor, der auch später noch einmal einsetzte, trotzdem seine die Rechte inständig ermahnte, ihre Gegenwart nicht weiter fortzutreiben.

Damit war seine bei dem Thema angelangt, daß vorher der Ministerpräsident Dirich in einer sorgsam vorbereiteten und vorher im Wortlaut verteilten Rede begonnen hatte. Nachdem er zuerst das Treiben der Monarchisten in den letzten Tagen verurteilt und gedroht hatte, daß die Regierung bei Wiederholung dagegen einschreiten werde, begann er sein Liebeswerben um die Gunst der Rechtsparteien. Der offensichtliche Verfall der Regierungsmehrheit in Preußen, die Tatsache, daß in den letzten Tagen sich wiederholt bei Abstimmungen eine geschlossene bürgerliche Mehrheit gegen die Regierung ergeben hatte, veranlaßte ihn, den Rechtsparteien auf zuzureden, sie möchten doch ihre Opposition gegen die Regierung aufgeben. Den Luxus zweier Oppositionsparteien — auf der äußersten Rechten und auf der äußersten Linken — könne das deutsche Volk sich nicht gestatten. Mit um so größerer Schärfe wandte sich dann Dirich gegen die Unabhängige Partei, der er Unfähigkeit vorwarf und die Absicht unterstellte, kassächlich das Lebensglück der lebenden Generationen zugunsten von Utopien vernichten zu wollen. Um die Schwäche dieser Stellungnahme zu verdeutlichen, hielt er es für nötig, auch die Einigungsklausel zu blasen. Schlußwort vermittelte Dirich aber ebenso wie nach ihm seine jedes Eingehen auf die Brandmarkung des Belagerungsstandes durch den Genossen Rosenfeld am vorhergehenden Tage.

Wie wenig ernst beiden Ministern der Kampf gegen rechts ist und wie sehr sie die Verantwortung für die Handlungen der preussischen Regierung tragen, zeigt die mit einem gewissen Stolz von Graef vorgelegene Bemerkung, daß man der sozialdemokratischen Mehrheit im Staatsministerium keinen Fall nennen könne, wo sie die Minister der anderen Parteien majorisiert habe. „Sie wissen gar nicht, wie einig wir sind!“ rief er pathetisch aus.

Nach Graef hielt Heilmann eine längere Rede, in der auch er an die Linke appellierte und von der Einigung sprach. Das gerade Heilmann es sein muß, der diesen Gedanken vertritt, Heilmann, dessen bisherige Politik die Klust in der Arbeiterklasse wesentlich verschärft hat, ist kennzeichnend für die Tatsache, daß die bisher betriebene rechtssozialistische Politik, der Koalition mit dem Bürgertum, vor dem Zusammenbruch steht. Heilmann versicherte, daß Personen, die der Einigung im Wege ständen, perschwänden müßten. Er wisse, daß er einer der ersten sein werde, das aber fürchte er nicht, es möchte sein. Man werde ihn, als den tüchtigsten Menschen, so bald wieder holen müssen. Aber auch er brückte sich um eine klare Forderung der Stillkampagne zu der Befestigung des Belagerungsstandes und des Noth-Regiments herum.

### Der Sitzungsbericht.

An der gestrigen Sitzung der Preussischen Landesversammlung schloß bei der Fortsetzung der Beratung des Haushalts des Ausschusses der Ministerpräsident Dirich das Wort. Er sagte folgendes aus:

Bei den parlamentarischen Vorgängen auf den Straßen Berlins, wobei sogar unter Leitung von deutschnationalen Offizieren Schläger mitwirkten, handelt es sich um Demonstrationen gegen die Regierung, gegen die Republik, für die Monarchie.

Man darf erwarten, daß die Regierung von den Arbeitern der Weise und Verfassung verlaßt, wenn auf diese Weise die Verfassung mißachtet werden. Solche Kundgebungen müssen Gegenmaßnahmen hervorrufen. Die Regierung muß Maßnahmen treffen. Die Schuldigen werden bestraft, besonders die Lehrer und Direktoren. Was die Demonstrationen anbelangt, war das Wiederzueinander-

des Stöckerrummels der Ober Jahre. Dadurch wird Deutschland vor dem Auslande herabgewürdigt.

Vor wenigen Wochen hat der Vorsitzende der deutschnationalen Partei ein Programm zur Wiederherstellung der Ordnung in Preußen entworfen. Aber das Echo, das keine Rede in der konservativen Presse und auf den Tagungen der verschiedenen Verbände der Partei fand, zeigte, wie irrt der Glaube an ein Einklinken der Deutschnationalen in eine Area positiver Arbeit war. Herr Dergt wurde auf dem Berliner Parteitage in drastischer Weise demonstriert.

Der größte Teil der alten Beamten und ein Teil des Offizierskorps arbeitet trotz der veränderten politischen Verhältnisse weiter, weil er einsieht, daß positive Arbeit zu leisten heute die erste Pflicht jedes Staatsbürgers ist. Das Vorbild dieser Männer sollte der

### ärmenden Opposition des radikalen Flügels der Deutschnationalen

zeigen, wie man heute vaterländische Arbeit leisten kann, ohne doch Verrent an seiner politischen Weltanschauung zu üben.

Das „heilige System“, die Vereinigung der drei großen Parteien, stellt die überwiegende Mehrheit des preussischen und des deutschen Volkes dar. Und gegen das Bestehen, und wieder ein reaktionäres, ein monarchistisches Regime aufzugeben, würde sich die ganze gewaltige Masse des Volkes mit einer Leidenschaft und Erbitterung wehren, die angesichts der Erfahrungen der letzten Jahre und Jahrzehnte nur zu erklärlich ist. Mit einer Leidenschaft und Erbitterung, die die Herzen auf der äußersten Rechten in ihrer marwinen Kenntnis der Volkseile wohl noch unterschätzen, sonst würden sie sich schon heute darüber klar sein, daß ihre urewigenen und von der Regierung selbstverständlich trotz alledem mit größter Aufmerksamkeit beobachteten Versuche, durch einseitige Wählerarbeit einen Umsturz in ihrem Sinne vorzubereiten, von vornherein zum Scheitern verurteilt sind.

Die deutschnationale Volkspartei ist ihre ganze Tätigkeit aber für eine nicht nur negative, sondern in höchstem Maße schädliche, staats- und volksfeindliche Politik ein. Deutschnationale Volksparteiler sind es, die die Wanderte und Bauern aufzureizen suchen zur Obstruktion,

die in die Reichswehr die monarchistische Propaganda hineintragen,

die politischen Gegensätze innerhalb der Studentenschaft auf das unerträglichste verschärfen.

In enger organischer Verbindung mit der monarchistischen und gegenrevolutionären Propaganda der Rechten steht die antisemitische Frage,

die heute einen Umfang erreicht hat, daß keine Regierung stehen an sich zu bedenken innerlich wie sie wolle, ihr gegenüber sich untätig verhalten darf, wenn sie die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung gewährleisten will.

Ganz besonders bedauerlich erachtet mir die Propaganda, die unter der Jugend getrieben wird, und die auch vor den untersten Schulklassen nicht haltmacht. Die Verheerung der jungen Generation hat ein ganz ungeheürliches Maß erreicht. Wie sollen Volkseile, die man schon in der Kindheit so gegen einander aufgelegt, später als erwachsene Staatsbürger jemals einträglich von Wohl- des Vaterlandes zusammenarbeiten? Es handelt sich hier um Anschläge eines Geistes, der die Intelligenz und die Organvermögen gebrochen hat, den wir aber im 20. Jahrhundert überwinden glauften.

Herr Dirich unterließ es dann auch nicht, in seinen schließlichen Tönen gegen die Linke loszugehen.

Dem Ministerpräsidenten folgte der Deutschnationale Gräf-Anhain. Er unternahm den mißglückten Versuch, den Hindenburgrummel

als „spontane“ Kundgebungen hinzustellen und sich deutlich durchzusetzen, daß keine Partei die Schwäche der Regierung erkannt habe. Dann beschwerte er sich gegen den Andrang von Sozialdemokraten zu Staatsämtern. Das parlamentarische System sei das teuerste. Die Staatskommissionen seien ein Luxus. Herr Dergt legte sich ebenfalls in Oberhäupten durchaus nicht legendär gewirkt. Auch die kommunalen Arbeiterräte müßten schnellstens überall verschwinden. Als der Redner den Vergleich oberwachte, daß die Begründung, die der Minister des Innern für die Verteidigung der Arbeiterkräfte im Auslande gebracht hatte, ebenso dürftig sei wie die Verteidigung des Reichspräsidenten mit der Wodehose, erhob sich ein lärmlicher, minutenlanges Lärm.

Der Redner erklärte weiter, daß der fehlige Komterschaden zur Korruption führe. Der Königsberger Polizeipräsident sei wegen Hausfriedensbruchs und Körperverletzung verurteilt. (Zehrführender Alibi.) Dessen braucht er sich nicht zu schämen.) Gräf protestiert dann gegen die Ablehnung von Landräten und gegen die auf Reichsöfen betriebene sozialdemokratische Propaganda. Er spreche nicht dem Willen der Wähler, daß Zentrum und Sozialisten mit den Sozialdemokraten eine Regierung gebildet haben. Es müßten möglichst bald Reaktionen ausgeschrieben werden.

Darauf erwidert der Minister des Innern Dirich: Wenn Herr Gräf sich zum Hüter der Demokratie aufstellt, muß ich mich allerdings drehen und wenden. (Er wendet der

Rechten Herbel tatsächlich den Rücken.) Seine Vertretung von Königsberger Polizeipräsidenten und seine Praxis in der Zensur-Befugnis. Dann sagte er: Es ist richtig, daß nach dem Ausscheiden des Kriegsministers die Sozialdemokraten die Mehrheit im Kabinett haben, aber man soll mir den Fall nennen, wo die Sozialdemokraten in der Regierung die Minister der anderen Parteien majorisiert haben. (Hört! Hört!)

Sie glauben gar nicht, wie einig wir sind.

(Erneutes Hört! Hört!)

Der Rechtssozialist Heilmann wandte sich gegen die deutschnationalen Resolutionen und ging dann dazu über in weitläufigen Vorlegungen die Kriegspolitik seiner Partei erneut zu rechtfertigen. Er polemisierte dagegen, daß die „Kriegsaktion“ gemoder worden sei. Und dann erwiderte er der Einigung das Wort, wobei er in „selbstlosester“ Weise sich bereit erklärte, das Feld zu räumen, falls er ein Hindernis sein sollte. Er tat es, um sofort selbstüberhebend hinzuzusetzen, er wüßte, daß er als tüchtige Kraft bald wieder geholt werde. (1) Unter dem Belagerungsstand, das gab er zu. lämen schwere Mißgriffe vor und er forderte von der Regierung — nicht ohne, daß der rechtlose umgestülpte Zustand sofort beseitigt werde, sondern nur, zu prüfen, ob und wo die Aufhebung des Belagerungsstandes möglich sei.

## Die Berliner Genossinnen und die Frauenkonferenz.

Die Genossinnen der Bezirksorganisation Berlin-Stadt nahmen am Freitag abend in einer Versammlung in Breuers Festsaal Sitzung zu der demnächst stattfindenden Frauenkonferenz in Leipzig. Das einführende Referat hatte Genossin W. u. r. übernommen. Ausführlich bekannte sie die aus der Frauenkonferenz zu erörternden Fragen und treffend beleuchtete sie die fonderbare „Gleichberechtigung“ der Frau im Reiche der „vollendeten“ Demokratie. Der Artikel 109 der Verfassung bedeutet durch das einschaltete Wort „grundsätzlich“ eine Entfärbung der Gleichberechtigung der Frau gegenüber dem Mann. Demokraten und Zentrumskräfte hätten sich gegen die Streichung dieses Wortes mit der Begründung gewandt, daß unmöglich die Frau dem Manne gleichgestellt werden könne. Das bedeute einen Rückschritt gegenüber der Gleichberechtigung wie die Revolution den Frauen verleben habe. Der noch bestehende Kontrollparagraf, nach dem jede geschlechtskrante Frau sich unterlassen lassen muß, erreicht das Gegenteil von dem, was es soll, er fördert mehr die Geschlechtskrankheiten als er sie herabmindert. Eine Ursache der Prostitution sei die außerordentlich niedrig bemessene Erwerbslos-Unterstützung für Frauen. In einer Arbeitlosenrats-Versammlung sei festgestellt worden, daß von 600 Frauen, die sich in einem Monat neu zur Kontrolle meldeten, nicht weniger als 500 erwerbslos waren.

Die Frage des unehelichen Kindes bedürfte ebenfalls der Regelung. Nur die Mutter des unehelichen Kindes treffe die Rechnung, nie der Vater. Es müsse gefordert werden, daß das Kind den Namen des Vaters erhält, daß es erzogen werde nach der Maxime des Vaters. Heberall läme die Arbeit zum Durchbruch, die von Frauen geleistete Arbeit niedriger zu entlohnen als Männerarbeit. Hier könne und dürfe es nur heißen: Für gleiche Leistungen, gleiche Löhne. In den Räten seien die Frauen außerordentlich schwach vertreten. Nur wenn die Frauen Schulter an Schulter mit den Männern kämpfen würden, könne das Mächtigste zum Ausdruck des Willens der gesamten Arbeiterklasse werden. Die Frau in ihrer Bescheidenheit sei sich noch nicht bewußt geworden, welche Summe von Arbeit sie im Interesse der Gesellschaft leiste.

Nach dem Referat wurde der so viel gepriesene erwerbsfähigen Frau der Kaufso gegeben, sie müßte dem Manne Platz machen. Die Demobilisationsvorschriften treffen in allererster Linie die Frau. Nicht das Geschlecht dürfe entscheidend sein, sondern nur die Tüchtigkeit. Was steht vor ihr gebe sei eine Ausgestaltung der Frau zugunsten der Männer. Nicht durch eine Ausgestaltung der Frauen würde der Erwerbslosigkeit abgeholfen, sondern durch die Sozialisierung. Auf keinen Fall dürften sich die Frauen dazu mißbrauchen lassen die Löhne der Männer zu drücken.

Das Kinderschutzgesetz müsse weiter ausgebaut werden. Durch die Gewerkschaften der Kinder bleibe die Zahl der Geburten hinter der Zahl der Kindersterblichkeiten. Nicht nur das Lippenselbststudium zum Sozialismus, sondern tiefe innere Ueberzeugung sei notwendig zur Ueberwindung des Kapitalismus und Schaffung einer neuen Welt. Die Frauen dürften sich nicht in die weite Enttäuschungen verfallen, sondern müßten kräftig Hand anlegen, damit die Zustände andere und bessere würden. In der Gemeinde könne jede Frau positiv arbeiten. Jede einzelne Frau könne jede Arbeit auf sich nehmen, wenn sie den Willen und die Gelegenheit habe, diese Arbeit lernen zu können. Mit einem dringenden Appell zur Mitarbeit in der Partei in der Parteiorganisation, in dem Vertriebe der „Kommunistin“ schloß die Referentin ihre interessanten und lehrreichen Ausführungen.

In der anschließenden Diskussion wurde verschiedentlich gefordert, daß es Pflicht jeder Genossin sei, ihre Kinder aus der Kirche und dem Religionsunterricht zu nehmen.

Anlässlich des Weihnachtsestes dürfe der elende Militarismus nicht durch Geschenke mit Volkssoldaten, Säbel, Gewehre usw. verberstet werden. In den Jahrlabenden sollten die Genossinnen nicht nur den Tabakhandel schaden, sondern sie müßten als Mitarbeiterinnen und Kampferinnen auftreten. In den Jahrlabenden sei zu beantragen, daß jeder Genosse verpflichtet wäre, seine Frau mitzubringen und ihre Aufnahme in der Partei zu bewirken.

Zu Delegierten zur Leipziger Frauenkonferenz wurden folgende Genossinnen gewählt: Bengels, Döhl, Bahrenwald, Böhm, Rohse, Ludewig, Reichert, Pohl, Rositta.

## Zähne 3 Mark! 5.— Mark

mit echtem Friedens-Kautschuk

schöne, natürliche Farbe bei 5 jähr. schriftlicher Garantie Zahnziehen mit örtlich. Betäubung nach bewährter Methode bei Bestellung von Gebissen gratis!

Spezialität: Zähne ohne Gaumen!

Echte Goldkronen von 30 Mark an. Keine Preispausen.

Fachmännische Munduntersuchung und Rat kostenlos.

## Zahnpraxis Hatvani

Danziger Strasse 1

Ecke Schönhauser Allee, Eingang Danziger Straße, Sprechstunden von 9-12, 1-7, Sonntags und Feiertags 9-12.

In den letzten 2 Jahren über 2500 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Bauarbeiter!

Infolge der Witterungsverhältnisse ist es zur Zeit nur wenigen Kollegen vergönnt, ihre Berufstätigkeit auszuüben. Der größte Teil der Bauarbeiter ist also arbeitslos und ist genötigt, die Erwerbslospfürsorge in Anspruch zu nehmen. In solchen Fällen hat der Arbeitgeber seinen dahingehenden Antrag an die Zentrale der Erwerbslospfürsorge Berlin zu richten und die Kontrolle der Arbeitnehmer für die Dauer der Arbeitslosigkeit zu übernehmen. In Fällen, wo die Kollegen die Papiere ausgedient bekommen, ist ein Nachweis nötig, aus dem hervorgeht, daß die Arbeit wegen Frostwetters eingestellt ist. Um nun das Verbandsbüro nicht unnötig zu belasten, weisen wir ausdrücklich darauf hin, daß die Abstempelung der Arbeitslosigkeit in den Meldestellen der einzelnen Bezirke erfolgen muß. Die Kontrollmeldung erfolgt in der Zeit von 9-1 Uhr.

Generalversammlung der Staats- und Gemeindefürsorge.

In der am Freitag abend stattgefundenen Generalversammlung der Staats- und Gemeindefürsorge erörterte Lagobotschaft den Entwurf zum Rantelstafel. Die Arbeitszeit darf 48 Stunden in der Woche nicht überschreiten. An Tagen vor dem 1. Mai, den Festen und allen Sonnabenden beträgt die Arbeitszeit zwei Stunden weniger, ohne daß der Lohn gekürzt werden darf. Unbedingt notwendige Überstunden sind durch entsprechende Freizeit auszugleichen. Nachtarbeit ist unzulässig. In die Woche fallende Feiertage werden bezahlt. In solchen Tagen geleistete Arbeit wird entschädigt. Der Urlaub wird nach den für Beamten und Angestellten geltenden Bestimmungen geregelt. Unerwünschte Arbeitsverhältnisse darf nicht vom Lohn abgezogen werden. Der Ruheurlaub beträgt nach 5 Jahren 20 Prozent, 10 Jahren 40 Prozent, 15 Jahren 50 Prozent, 20 Jahren 75 Prozent, 25 Jahren 90 Prozent. Einkellungen, Entlassungen und Versetzungen können nur unter Zustimmung des Arbeiter- und Betriebsrates erfolgen. Eingestellten sind vom öffentlich paritätisch geleiteten Arbeitsnachweis anzufordern. Zur Vertretung der Interessen der Arbeiter, zur Unterstützung der Verwaltung, zur Regelung des Arbeitsverhältnisses und der Produktion werden Arbeiter- und Betriebsräte gewählt. Sie dürfen bei Arbeitsmangel nicht entlassen werden.

Die nach vorliegenden Anträgen aus dem Kreise der Mitglieder sollen, wenn dringlich, in dem Monatsrat Berücksichtigung finden. In diesem Sinne wurde der Entwurf nach kurzer Aussprache gutgeheißen.

Die Beiträge wurden wie folgt festgesetzt: männliche Mitglieder 1.20 M., Kleinfamilienmitglieder und solche mitzubringend über 50 M. gleich 1 M., mitzubringend unter 50 M. gleich 0.75 M.

Die Angelegenheit, daß bei der Abstimmlung über den Generalfreitag in der Gewerkschaftskommission zwei Vertreter für und vier gegen den Generalfreitag gestimmt haben, soll in einer besonders eingehenden Generalversammlung behandelt werden.

Achtung! Buchdrucker! Montag abend 8 Uhr Zusammenkunft aller oppositionellen Buchdrucker im Dresdener Garten, Dresdener Straße 45. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen, besonders der Vertrauensleute, ist dringend notwendig. Wichtige Tagesordnung!

Buch- und Steindruckerhilfsarbeiter und Arbeiterinnen, Kollegen und Kolleginnen, die auf dem Boden der I. G. B. und R. P. D. stehen, sind zum Montag nachm. 6 Uhr zu einer wichtigen Besprechung nach dem „Dresdener Garten“, Dresdener Str. 45, eingeladen.

Zur Arbeitsaufnahme bei Vorzug wird und mitgeteilt, daß die Verhandlungen mit Herrn Bly und nicht mit Herrn Vorzug geführt worden sind. Herr Bly wollte mit dem Arbeiterrat und dem Ausschuss nicht verhandeln, da sie entlassen seien. Es müßten die noch nicht entlassenen Stellvertreter nachrücken, worauf geantwortet wurde, daß auch diese entlassen seien. Darauf habe Herr Bly erklärt, er würde von den freiwillig ausstehenden Arbeitern einen Ausschuss wählen lassen bis zur gesetzlichen Neuwahl am 15. Dezember.

Musikklub, Wiener Str. 18 und Groß, Schloßstr. 44, Montag nachm. 2 Uhr Betriebsversammlung zwecks Abstimmung bei Fröhlich, Walsauer Straße 1.

Schreiber Israel, Brieg Str. Sämtliche noch nicht Eingelassene treffen sich am Montag, mittags 12 Uhr, im Zivilklub, Brieg Straße 22.

Niebe, Weissensee. Donnerstag, den 20. November, vorm. 10 Uhr Betriebsversammlung Köpcke-Druckerei, Pörschauer Allee. Karte Gelblich dient als Ausweis. Um 8 Uhr morgens Funktions-Sitzung im „Musikischen Haus“, Joststraße 7.

Schwerstoff, Scheringstraße 13-28. Montag, den 17. November, vorm. 9 Uhr Betriebsversammlung Kolberger Salon, Kolberger Straße.

Achtung! K. G. O., Brauereifabrik. Kollegen, die im Streiklokal Uebum-Str. 18 bei Henke (Alte Post) eingeschrieben sind, bekommen ihre Unterstüpfung von Nummer 1-500 am Dienstag von 4-6 Uhr, von Nummer 501-1888 am Mittwoch von 4-6 Uhr.

K. G. O., Turbine. Montag, den 17. November, 11 Uhr Betriebsversammlung im Klostergarten, Blüthensee. Funktionäre um 10 Uhr. Erster Einstellungstag ist Montag, den 17. November, früh 7 Uhr. Alle in Arbeit tretenden Kollegen müssen sofort ihre Stempelkarte im Streiklokal, Berlichingen-Str. 6, abgeben.

Lebwerke, Charlottenburg und Hehenschnäusen. Gemeinsame Betriebsversammlung Montag, den 17. November, nachm. 8 Uhr, Charlottenburg, Volkshaus Rosenstraße 3.

Achtung! K. G. O., Almo! Dienstag, den 18. November, nachmittags 6 Uhr Betriebsversammlung Pörschauer Allee, Pörschauer Allee. Die Auszahlung der Unterstüpfung bei in Arbeit befindlichen Kollegen und Kolleginnen, die ab Dienstag, den 17. November, die Arbeit aufgenommen haben, erfolgt nach Arbeitsbuch Montag: Abtl. 1, 5, 7, 9, 11, 15, 18, 20, 22, 28, 30. Mittwoch: Abtl. 24, 25, 27, 28, 29, 30, 33. Donnerstag: 40 bis 58. Freitag: 60-120.

K. G. O., Rabelwerk Oberpost. Alle alle Kollegen und Kolleginnen, welche die Arbeit noch nicht aufnehmen konnten, befinden sich bei der Zentrale von Montag ab im Lokal Pump, Ober-Schöneweide, Wilhelmshofstr. 48. Die Kontrolle findet täglich statt. — Alle diejenigen, die die Streikunterstützung für die Zeit bis zum 12. November noch nicht haben, müssen sie bis Dienstag nachmittags 4 Uhr im Lokal Otto Pump, Ober-Schöneweide, Wilhelmshofstr. 48, in Empfang nehmen.

Für die männlichen Arbeiter der Abteilung Heckerlei bestimmt die Arbeit am Montag an den üblichen Stellen.

Snorbremse und angeschlossene Betriebe! Sämtliche Kollegen, die sich noch nicht in Arbeit befinden, melden sich Montag, von 10 bis 11 Uhr, zwecks Aufstellung neuer Listen in folgenden Lokalen. Wer sich nicht melden rechnet als Arbeitender. Gruppe I, Weier, Hauptstr. 90; Gruppe II und III, Rokitod, Hauptstr. 85; Gruppe IV und V, Haderpeter, Alt-Bochapan, Ecke Büchsenstraße; Transportarbeiter, Dunge, Eireislokal.

Groß-Berlin.

Militarisierung der Schulfugend.

In der 269. Gemeindefürsorge, Bellerstraße, stellen in der vergangenen Woche Reichswehrkolonnen, die sich zur Schutzgruppe Letzten-Hochel gehörig bezeichnen, eine Schülervereinigung ab, die zur Gründung von Jugendclubs führen sollte. Mit ungeschicklicher Prüfte und anderen Vordringungen erschienen sie vor den Kindern und einer von ihnen suchte die roten Zinnsche, die der Krieg leider in den Kindern gewirkt hat, wieder aufzuwecken. Sie veranstalteten sogar Exerzierübungen mit den Kindern.

Natürlich handelt es sich hierbei nicht um die körperliche Ausbildung der Kinder; denn diese zu fördern ist Aufgabe der Schule. Daneben leisten die Schülerleistungen des Kurabereins „Nichte“ und die Jugendspiele und Wanderungen des Arbeiterelternbundes auf diesem Gebiete Hervorragendes. Jene Offiziere, die sich gar jetzt schon an die Schulkinder heranzumachen, haben dabei weniger das Interesse der Jugend, als vielmehr ihr eigenes politisches Interesse im Auge. Die körperlichen Übungen sind ihnen nur Mittel zum Zweck, dem niedrigen Zweck, die Herzen der Kinder mit nationalstolischen Hoch und militäristischer Mentalität zu erfüllen. Offiziere sind überhaupt die ungeschicktesten Erzieher der Jugend, Menschen zu bilden, sind sie überhaupt außerstande.

Es ist eine dringende Pflicht der Berliner Stadterordneten, sich mit diesem Mißbrauch der Schule eingehend zu beschäftigen. Besserungsweg sollten aber auch die Arbeiterkassen auf der Wache sein, ihre Kinder vor dem militäristischen Anschlag zu schützen. Sie wissen sich ein Mitbestimmungsrecht im Schulbetrieb sichern. Die Schaffung von Elternräten ist ein geeignetes Mittel dafür.

Die sozialistische Einheitschule.

Der Verband sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands und Österreichs hat für Freitag abend 29 öffentliche Vollerwerbungen mit der Tagesordnung: „Die sozialistische Einheitschule“ einberufen. Die Versammlungen waren durchweg sehr zahlreich besucht. Teilweise nahmen sogar Parallel-Versammlungen improvisiert werden. Ein erfreuliches Zeichen starken Interesses der Arbeiterkassen für die Schule.

Die Referenten streiften die Entwicklung der Schule im Klassenkampf und hoben besonders die starken Gegensätze zwischen Volk- und höheren Schulen hervor und legten die Grundzüge der sozialistischen Einheitschule mit Kindergarten, Grund- und Oberschule dar. Die Redner gingen dann auf den kommenden Erfolg über die Elternbeiträge ein und behaupteten, daß sich die Elternräte nur mit der Schulpflege zu befassen hätten. Das Verhalten des Kultusministers Günlich sowie das Schulprogramm der Regierung wurde auch von den rechtssozialistischen Rednern scharf kritisiert.

Diese Kritik wurde in der Diskussion in verstärkter Form fortgesetzt. Zum Schluß wurde folgende Resolution angenommen: „Die bürgerliche Einheitschule entzieht dem Proletariat seine besten Kräfte und macht sie zu Trägern ihrer Denkweise und Verwirklichung der sozialistischen Ordnung. Sie verdrängt durch ihre Klasse der Bogabten die Volksschule und drückt sie zur Schule der Schmachtschuldigen hinab.“

Die sozialistische Gesellschaft erstrebt nicht die Emporbildung einzelner, sondern die der Gesamtheit. Erst die in ihr erfolgende Umlagerung der ökonomischen Verhältnisse ermöglicht es, jede Art von Bogabung für die Gesellschaft fruchtbar zu machen.

Dies wird erreicht durch Abbau aller Arten von höheren Schulen und Ausbau der Volksschule zu einer kostenlosen, vom Kindergarten bis zur Hochschule aufsteigenden Einheitschule, die durch Kurse aller Bogabungsrichtungen Reifeung trägt. Selbstverwaltung, Offenheit und Arbeitsunterricht kennzeichnen diese Schule als Organ der sozialistischen Gemeinschaft.

Ein Mittel zur Verwirklichung solcher Ziele liegt die Versammlung für die in den kommenden Elternräten, und sie hält deshalb die tatkräftige Mitarbeit der sozialistischen Eltern in dieser Körperschaft für dringend notwendig.“

Arbeiter-Bildungsschule der I. G. B.

Sonntag, den 16. November 1919, nachmittags 3 Uhr, im der Festhalle des Stadthauses (Eingang Klosterstraße): Revolutionäre Kunst. Mitwirkende: Tilla Durieux, Regitation; Gefangenenverein „Gesundammer Harmonie“, M. D. K. S. W., Dirigent Hermann Schüller. Eintrittskarten à 1 Mark.

Erstrote Kartoffeln.

Ergebnis der Fortdauer des Frostes wird darauf aufmerksam gemacht, daß angebotene Kartoffeln durchaus nicht zur menschlichen Nahrung geeignet sind, sofern sie in geeigneter Weise behandelt werden. Derartige Kartoffeln werden, wenn sie geschält oder in ungegeschältem Zustande zwei Stunden lang im kalten Wasser gelegen haben, wieder zum Genuß geeignet.

Mitglieder der Konsumgenossenschaft!

Die Fortsetzung der Generalversammlung findet am Montag, den 17. November, abends 8 Uhr, in der Wobnauerer, Huginstraße, statt. Die Liste unserer Genossen für den Aufführungsbeginn mit dem Namen W. H. H. Den Mitgliedern wird empfohlen, pünktlich zu erscheinen.

Sonntags nur noch 8 D-Sugart. Der Sonntagsertrieb auf den Fernbahnen wird ebenso wie der des Werktags nach der ursprünglichen Ansicht nach Schluß der Sperre, also am 16., wieder aufgenommen. Die Beschränkungen werden noch weiter verschärft. Nur der dringende Arbeitsverkehr wird berücksichtigt. Dann wird für die Beförderung der Milch fürsorge getragen. Sämtliche verfahren im ganzen Bereich der preussisch-berliner Staatsbahnen, soweit es nicht besetzt ist, Sonntags nur noch 8 Wagners, sämtlich bei Nacht.

Neuorganisation des Krankenernährungswesens in Sichtenberg. Die Krankenernährungshilfe befindet sich neuerdings in der Dureaustraße 4 in der Nähe der Kaserne zwischen Karlau und Brunnengasse. Für eine beschleunigte Publikumsvermittlung ist Sorge getragen worden. Auch die Mitwirkung und Mitbestimmung der Bevölkerung wird durch geeignete Maßnahmen

mit möglicher Schnelligkeit vollzogen. Das Recht der Nachuntersuchung durch den Vertrauensarzt steht nach Ermittlung von Anträgen der Anträge auf schriftlichen Antrag bis zu. Andererseits aber können auch Nachuntersuchungen auf Veranlassung der Kommission, des Magistrats oder auf Verlangen der Kommission zur Untersuchung der Beschwerden über die Lebensmittelversorgung erfolgen. Verlängerungsanträge auf Grund bewilligter Lebensmittelbewilligungen müssen spätestens 2 Wochen vor Ablauf der Bewilligungsfrist eingereicht werden.

Lebensmittellisten.

Berlin. Auf die Reichswehrlisten gelangt ausländisches Viehfleisch (Cameo Beef) zum Preise von 4.50 M. für 1 Pfd. — Iose — zur Ausgabe. Eine Wochenmenge von 200 Gr. kostet also 1.50 M. Das Viehfleisch wird auch in ganzen Büchsen von etwa 540, 550 bis 570 Gr. Nettohalt zum Preise von 3.15 M., 3.25 M. bzw. 3.45 M. verkauft. Die Wochenmenge beträgt wie bei hiesigem Fleisch 200 Gr. — Käseverteilung: Die Reichswehrlisten macht darauf aufmerksam, daß das Viehfleisch der zur Zeit gültigen Speisekarten bis zum Ende der Woche (23. November) für den Käsebezug bei der quantitativen Verteilung aufzubereiten und nicht fortzuführen ist. Bis Mittwoch, den 19. November, wird an diejenigen Kunden, die in den Speisekartenbüchsen der in den Bezirken der 110., 117., 119., 122., 125., 127., 128., 132., 200. und 220. Brotkommision und die Donnerstag, den 20. November bei in den Bezirken der 121., 126., 130., 131., 132. und 136. Brotkommision gelegenen Geschäften (Pörschauer, Verkaufsstellen) eingetragen sind, pro Kopf 125 Gr. Käse verteilt. — Auf den Abschnitt 45 der Lebensmittelkarte für Jugendkassen werden nicht 200 Gr. Getreide, sondern 200 Gr. Reis zum Preise von 22 Pf. ausbezahlt.

Charlottenburg. Vom 17. bis 22. November gelangen zur Ausgabe: 200 Gr. Reis, laut besonderer Bekanntmachung auf Abschnitt 47 der Reichswehrlisten (Rundbrot); 7 Pfd. Kartoffeln auf die Abschnitt 47a-g der Reichswehrlisten (Rundbrot), Ausnahme hat die einschl. Donnerstag, den 20. November, zu erfolgen; 1/2 Pfd. Zucker auf die Abschnitt 47a-g der Reichswehrlisten; 200 Gr. Reis, laut besonderer Bekanntmachung; auf die allgemeine Reichswehrlisten Lebensmittelkarte mit Aufdruck Charlottenburg: 250 Gr. Rundbrot auf Abschnitt 98 vom 14. bis 22. November; 250 Gr. ausl. Maisfäbrillate auf Abschnitt 98 vom 21. bis 22. November; 125 Gr. Gruppen auf Abschnitt 100 vom 14. bis 22. November; auf die Reichswehrlisten für Groß-Berlin, Seite 40-43 und 47-48 (Charlottenburg): 250 Gr. ausl. Hülsenfrüchte auf Abschnitt 28 vom 21. bis 22. November; 250 Gr. ausl. Hülsenfrüchte auf Abschnitt 28 vom 14. bis 22. November; auf die Fleischkarte: 70 Gr. Wurstwaren auf Abschnitt 21 vom 17. bis 22. November zum Preise von 94 Pf.

Wilmersdorf. Zufuhr, Vieh-, Speisefleisch usw. Karten für Kranke und Gensende werden des Vortages bereits von Montag, den 17. bis Freitag, den 21. d. M. während der Stunden von 8-2 Uhr im städtischen Lebensmittelamt, Abteilung für Krankenernährung, Behrensstraße 43/44, besonderer Ausgabe-Ordnung gemäß ausbezahlt. 250 Gr. Zucker auf 77 vom 18. bis 20. November; Speisefleisch gemäß besonderer Bekanntmachung; 250 Gr. Wurstwaren auf 92 (1.45 M.); 250 Gr. Parmaschinken auf 96 (0.65 M.); 70 Gr. Wurstwaren auf 93; 250 Gr. Reis mit dem Aufdruck „Brotkommision IVb“ (1.50 M.); für wachsende und stillende Mütter Capulot bis zu 1 Pfd. zum Preise von 12.15 M. für 1 Pfd.; für wachsende Mütter vom 1. Monat ab 1 Dose Salzgericht (2.05 M.), nur in dieser Woche. Die Ausgabe der Lebensmittelkarte für wachsende und stillende Mütter erfolgt im städtischen Lebensmittelamt, Behrensstraße 43/44, Erdgeschoss links, Zimmer 5 (9 bis 1 Uhr). Für Kranke bis auf 47 Ende der Woche.

Kochkell. Ende der kommenden Woche Neuverteilung von Teigwaren, Kartoffelstärkemehl und Milchpulver. Die Menge wird nach bekanntgegeben. Ferner Ausgabe von 1/2 Pfd. Parmaschinken für Kinder im 5. und 6. Lebensjahr auf den linken Abschnitt der Fleischkarte 61 und 62 je 1/2 Pfd. Suppe in den städtischen Verkaufsstellen. Dagegen freihändig Kartoffelstärkemehl (Pfd. 80 Pf.) und Stärkemehl (Pfd. 85 Pf.). Auf Abschnitt 47a-g 7 Pfd. Kartoffeln. Die Zuteilung beträgt: 20 Gr. Butter und 70 Gr. Wurstwaren (0.21 der Fleischkarte). Für die Speisekartenkunden der 12. Brotkommision 125 Gr. Zucker oder 1/2 Liter Käse bis einschl. Montag, den 17. November. Gegen Abschnitt 21 der Reichswehrlisten Wurstwarenkarte ein Weisbrot Süßbrot. Die Zuteilung für die 2. Hälfte des November wird nur gegen gleichzeitige Trennung der Abschnitte 74 der Zuckerkarte und 234 der Reichswehrlisten Wurstwarenkarte erfolgen.

W. H. H. 200 Gr. Gruppen (99); für Kleinfamilien 1 Pfd. Heferollen (9); für wachsende Mütter und Kinder 250 Gr. Reis (12); 2 Pfd. amerikanische Heferollen (87); 1 Pfd. ausl. Hülsenfrüchte (88); Kartoffelmehle 7 Pfd. freihändig; Rothohl (Pfd. 35 Pf.), marinierte Sardinen, Delikatessen und Solcheringe.

Sichtenberg. 1 Pfd. Kartoffeln; 1 Pfd. Schokolade (50 Pf.). Abschnitt 42 der Reichswehrlisten; gegen Bekanntmachung: 250 Gr. ausl. Hülsenfrüchte (83 Pf.), Abschnitt 95; 250 Gr. Parmaschinken (1.45 M.), Abschnitt 97; 200 Gr. Heferollen (25 Pf.), Abschnitt 45 3 der Lebensmittelkarte für Jugendkassen; 100 Gr. Nahrungsmittel und 200 Gr. Parmaschinken auf Urlaubsbogabungskarte; für heimgekehrte Krieger- und Zivilgefangene 250 Gr. ausl. Hülsenfrüchte (83 Pf.). Abschnitt 1c-6 der Wurstwarenverteilungskarte. (Geschäfte siehe Anschlagtafel.)

Aus den Organisationen.

- 1. Bezirk (A. Kiele). Kirchenversammlung heute nachmittags 2 Uhr im neuen Jugendheim, Alie Jakobstr. 120. 1. Frauenversammlung Mittwoch abend 7 1/2 Uhr bei Schwickert, Alie Jakobstr. 24. Vortrag des Genossen Dr. Kroschke: „Körperliche Erziehung der Kinder und Jugendlichen.“
- 2. Bezirk, A. W. (77. Wkt.). Der Frauenabend muß auf den 24. November verlegt werden. Referent: erkrankt.
- 3. Bezirk, 1. Wkt. Dienstag abend 7 Uhr Versammlung bei Köhner, Schwabter Straße 28.
- 4. Bezirk, 2. Wkt. (früher 8. Wkt.). Dienstag abend 7 Uhr Abteilungsversammlung in der Schulamts-Gemeinschaft. Vortrag der Jugendleiterin Gräfin Krichke. Wahl eines Abteilungsleiters und der Kommissionen.
- 5. Bezirk, 2. Wkt. Dienstag abend 7 Uhr Abteilungsversammlung in der Schulamts-Gemeinschaft, 6. Ecke Wrisener Straße.
- Sichtenberg. Mittwoch nachm. 10 Uhr im Rathaus (Sitzungslokal) Proklamierung (Stabsarzt, Kommandeur Arbeiterklub, Bürgerkomitee). Proklamierung abend 9 Uhr vorm. abends.
- Sichtenberg. Dienstag abend 7 1/2 Uhr in der Schulamts-Gemeinschaft (Höllendorferstraße) außerordentliche Generalversammlung. (Erlaubt heutiges Versat.) Vorstand 7 Uhr im selben Lokal.
- Tegel. Montag abend 7 Uhr Vorstandssitzung bei Christensen, Schloßstr. 63. Oberste des Nationalrates und Gruppenführer sind hierzu eingeladen.
- Wilmersdorf. Heute vormittags 9 Uhr erweiterte Vorstandssitzung bei Karmen. Mitgliederversammlung nicht Dienstag, sondern Mittwoch abend 7 1/2 Uhr bei Wier, Rosenfeld. Erscheinen aller Mitglieder notwendig.
- Sonnenberg. Dienstag abend 8 Uhr im Saal von Kiemer, hier selbst, öffentlicher Stammbildervortrag. Thema: Die Elektrifizierung, ihre Entstehung und Verwertung in Industrie, Landwirtschaft und Haushalt. Eintritt frei. Um zahlreiches Besuch wird gebitten.
- Bildungsausschuss 1., 2. und 3. Bezirk. Sonntag, den 30. November, abend 7 1/2 Uhr, in der Aula des Friedrich-Wilhelms-Gymnasiums, Wilmersdorf, Straße 34, Wagner-Abend. Mitwirkende: Frau Margot Straucher-Richter (Sopran), Herr Kommerzienrat Max Schönmann (Tenor), Herr Kapellmeister Thierfelder (Fagott und Oboe). Billette à 1.50 M. sind bei allen Abteilungsleitern und in der Buchhandlung „Freiheit“, Schloßamtsstr. 19, zu haben.
- Bildungsausschuss Nieder-Schönhausen. Nächster Vortrag zur Einführung in die Nationalökonomie Freitag im Gesellschaftsraum des Gymnasiums Buchholzer Straße. Soweit die Durchführung von den Bezirksleitern nicht abgemittelt sind, erfolgt Anschlußung zu Beginn des Vortrags. Wankendes Erscheinen!
- Bildungsausschuss Prenzlau. Am Dienstag, den 18. d. M., abend 7 1/2 Uhr, beginnt der Kursus des Gen. Staatsrats: „Einführung in den sozialistischen Sozialismus.“ Der Kursus wird wieder im Schullokal Prenzlau abgehalten. Teilnehmerkarten werden am 1. November im Schullokal ausbezahlt.
- Bildungsausschuss Reichshaus. Sonntag, den 23. November, Kommerzienrat in der Aula des Reichshaus, 10. Ecke in Postamtlokal.
- Bildungsausschuss Friedrichshagen. Montag, den 17. November, abend 7 1/2 Uhr, Vortrag abend im Lokal von Gubert, Berliner Straße 26.

